

Jemen –Europäische Gemeinschaft

Strategiepapier

für den Zeitraum 2007-2013

Inhaltsverzeichnis

1.	ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	4
2.	ZUSAMMENFASSUNG	6
3.	POLITIK UND INSTRUMENTE DER EG-ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT	8
3.1	POLITISCHES UMFELD.....	8
3.2	ZIELE DES EU-VERTRAGS IN HINBLICK AUF AUßENHILFE – EU-ENTWICKLUNGSPOLITIK 2005	8
3.3	ZIELSETZUNGEN DER ANZUWENDEN VERORDNUNG/VEREINBARUNG ÜBER ZUSAMMENARBEIT UND REGIONALSPEZIFISCHE ZIELE DER ZUSAMMENARBEIT.	9
4.	POLITISCHE AGENDA DER REPUBLIK JEMEN	11
4.1	HINTERGRUND.....	11
4.2	DIE REGIERUNGSAGENDA.....	11
5.	ZUR LAGE VON POLITIK, WIRTSCHAFT, GESELLSCHAFT UND UMWELT	13
5.1	POLITISCHE BESTANDSAUFNAHME	13
5.1.1	<i>Das politische System</i>	13
5.1.2	<i>Justiz</i>	14
5.1.3	<i>Menschenrechte und Medien</i>	15
5.1.4	<i>Sicherheit</i>	15
5.1.5	<i>Internationale Beziehungen und regionale Perspektive</i>	16
5.2	WIRTSCHAFTLICHE BESTANDSAUFNAHME	17
5.2.1	<i>Wirtschaftsstruktur</i>	17
5.2.2	<i>Wachstum und gesamtwirtschaftlicher Trend</i>	17
5.2.3	<i>Öffentliche Finanzen</i>	18
5.2.4	<i>Handelsstruktur</i>	18
5.3	GESELLSCHAFTLICHE BESTANDSAUFNAHME.....	19
5.3.1	<i>Armut</i>	19
5.3.2	<i>Bevölkerung und Gesundheit</i>	20
5.3.3	<i>Bildung</i>	20
5.4	ZUR LAGE DER UMWELT	21
5.5	BEWERTUNG DES REFORMPROZESSES	21
5.5.1	<i>Politische Reformen</i>	21
5.5.2	<i>Wirtschaftsreform</i>	22
5.5.3	<i>Sozialreform</i>	23
5.6	QUERSCHNITTSTHEMEN.....	23
5.6.1	<i>Gender</i>	23
5.6.2	<i>Qat</i>	24
5.6.3	<i>Zivilgesellschaft</i>	24
5.6.4	<i>Umwelt</i>	24
6.	ÜBERBLICK ÜBER EG-ZUSAMMENARBEIT, KOORDINATION UND KOHÄRENZ IN VERGANGENHEIT UND GEGENWART	25
6.1	BEZIEHUNGEN EU-JEMEN	25
6.2	ÜBERBLICK ÜBER EG-ZUSAMMENARBEIT IN VERGANGENHEIT UND GEGENWART	25
6.3	KOHÄRENZ	26
6.3.1	<i>Lehren aus der Vergangenheit</i>	26
6.3.2	<i>Einbindung sonstiger EG-Politiken</i>	26
6.4	PROGRAMME DER EU-MITGLIEDSTAATEN UND SONSTIGER GEBER.....	27
6.4.1	<i>Harmonisierung und Angleichung</i>	27
6.4.2	<i>EU-Mitgliedstaaten</i>	27
6.4.3	<i>Sonstige Geber</i>	28
7.	DIE ANTWORTSTRATEGIE DER EG	29
7.1	BEGRÜNDUNG.....	29
7.2	STRATEGISCHE ZIELE UND VORRANGIGE BEREICHE DER ZUSAMMENARBEIT EG-JEMEN	30
7.3	PRIORITÄTENANALYSE	31
7.3.1	<i>Förderung von Good Governance</i>	31
7.3.2	<i>Armutsbekämpfung</i>	33

8.	ANNEXES.....	36
8.1	ANNEX 1: COUNTRY AT A GLANCE	36
8.2	ANNEX 2: MILLENNIUM DEVELOPMENT GOALS	41
8.3	ANNEX 3: COUNTRY ENVIRONMENTAL PROFILE	43
8.4	ANNEX 4: TABLE OF ONGOING PROJECTS OF THE EUROPEAN COMMISSION	49
8.5	ANNEX 5: TABLE OF EU MEMBER STATES' PROJECTS	51
8.6	ANNEX 6: PROJECTS OF OTHER DONORS	58
8.7	ANNEX 7: CONSULTATION ON SP/MIP	ERROR! BOOKMARK NOT DEFINED.

1. ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

BIP	Brutto-Inlandsprodukt
BMENA:	Broader Middle East and North Africa
CAS:	Country Assistance Strategy
COCA:	Central Organisation for Control and Auditing
CSP:	Country Strategy Paper
DAC:	Development Assistance Committee
DCI:	Development Cooperation Instrument, Instrument für Entwicklungszusammenarbeit
DFID:	Department For International Development
DPPR:	Development Plan for Poverty Reduction, Entwicklungsplan zur Armutsbekämpfung
DTIS:	Diagnostic Trade Integration Study
ECHO:	European Community Humanitarian Aid Office
EG:	Europäische Gemeinschaft
EIDHR:	European Instrument for Democracy and Human Rights, Europäisches Instrument für Demokratie und Menschenrechte
EU:	European Union
GCC:	Gulf Cooperation Council
GDP:	Gross Domestic Product
GoY:	Government of Yemen
GPC:	General People's Congress
GTZ:	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH
HDR:	Human Development Report, Bericht über die menschliche Entwicklung
IMF:	International Monetary Fund, Internationaler Währungsfonds
LDC:	Least Developed Country, am wenigsten entwickelte Staaten
LSP:	Länderstrategiepapier
MDG:	Millennium Development Goals, Millennium-Entwicklungsziele
	Ziel 1 Bekämpfung von extremer Armut und Hunger
	Ziel 2 Primarschulbildung für alle
	Ziel 3 Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frauen
	Ziel 4 Senkung der Kindersterblichkeit
	Ziel 5 Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Mütter
	Ziel 6 Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria, und anderen schweren Krankheiten
	Ziel 7 Ökologische Nachhaltigkeit
	Ziel 8 Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung
MHR:	Ministry for Human Rights
MRP:	Mehrjahresrichtprogramm
MS:	EU-Mitgliedstaat
NGO:	Non-Governmental Organisation, Nicht-Regierungsorganisation
NRP:	Nationales Richtprogramm

ODA:	Overseas Development Assistance
OECD:	Organisation for Economic Cooperation and Development
PRSP:	Poverty Reduction Strategy Paper, Armutsbekämpfungsstrategie
SFD:	Social Fund for Development
SP:	Strategiepapier
SSN:	Social Safety Net
UNDP:	United Nations Development Programme
WTO:	World Trade Organisation, Welthandelsorganisation

2. ZUSAMMENFASSUNG

Jemen ist eines der ärmsten Länder der Welt und zählt zur Gruppe der am wenigsten entwickelten Staaten (Least Developed Countries, LDC). Die wichtigste Herausforderung Jemens bleibt weiterhin die Kombination aus hohem Bevölkerungswachstum, langsamer wirtschaftlicher Entwicklung, schwindenden Ölvorkommen, versiegenden Wasserressourcen, einem niedrigen Standard in Gesundheit und Bildung, weit verbreiteter Armut, wenig zufrieden stellender Regierungsführung und mangelnder innerer Sicherheit. Derzeit gilt als wenig wahrscheinlich, dass Jemen bis 2015 nur eines der Entwicklungsziele für das neue Jahrtausend erfüllen kann. Die Regierung setzt sich für Demokratisierung, wirtschaftliche Öffnung und politische und wirtschaftliche Reformen ein, konnte dieses politische Engagement jedoch bislang nicht konkret umsetzen. Bleiben diese Reformen aus, dürfte sich die soziale und politische Lage noch verschlechtern.

Das Strategiepapier der Europäischen Kommission wurde im Rahmen des im Jahr 1997 unterzeichneten Kooperationsabkommens EG-Jemen sowie der im Jahr 2004 vom Europäischen Rat verabschiedeten Strategischen Partnerschaft mit dem Mittelmeerraum sowie dem Nahen und Mittleren Osten ausformuliert und in enger Beratung mit der Regierung von Jemen, der internationalen Gemeinschaft und insbesondere der EU-Mitgliedstaaten ausgearbeitet. Dabei wurde von Lehren aus der Umsetzung des vorangehenden Länderstrategiepapiers ausgegangen.

Jemen wurde im Jahr 2004 im Rahmen des UN-Millenniumsprojekts als eines der acht Pilotländer für die Ausarbeitung eines auf die Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) gestützten Entwicklungsplans ausgewählt. Daraufhin erstellte die Regierung den Entwicklungsplan 2006-2010 zur Armutsbekämpfung. Dieses Dokument setzt drei Hauptziele fest: i) Verbesserung der bisherigen Leistung im Bereich der menschlichen Entwicklung, ii) nachhaltige Förderung eines stärkeren wirtschaftlichen Wachstums und iii) Halbierung der Armut.

Die Strategie verfolgt zwei Hauptzielsetzungen – Förderung von Good Governance und Bekämpfung der Armut – und wird über eine begrenzte Anzahl von Maßnahmen umgesetzt. Die konkreten Interventionen sind genauer aus dem Mehrjahresrichtprogramm ersichtlich, das detailliert auf Inhalt, Ziele und Ergebniserwartungen jeder Maßnahme eingehen wird. Die Strategie der Zusammenarbeit EG-Jemen für den Zeitraum 2007-2013 ist daher wie folgt aufgebaut:

a) Strategisches Ziel 1: Unterstützung für die jemenitische Regierung bei der Förderung von Good Governance durch:

1. Unterstützung des Demokratisierungsprozesses durch Förderung der demokratischen Einrichtungen Jemens
2. Stärkung der Menschenrechte und der Zivilgesellschaft
3. Unterstützung der jemenitischen Regierungsreformen in den Bereichen Justiz, Zivilverwaltung und Dezentralisierung

b) Strategisches Ziel 2: In Einklang mit den ersten Millennium-Entwicklungszielen die Stärkung der Kapazitäten der jemenitischen Regierung zur Bekämpfung der Armut durch:

1. Förderung der Entwicklung des Privatsektors durch Unterstützung der nachhaltigen Entwicklung von Landwirtschaft und Fischerei sowie von Reformen zur Verbesserung des Regulierungsrahmens in Bezug auf Investitionen, Wirtschaft und Handel.

2. Leistung eines Beitrags zur Entwicklung der Humanressourcen durch Stärkung gesundheitspolitischer Maßnahmen im Bereich Fortpflanzungsgesundheit und Verbesserung der Grundversorgung in diesem Bereich.

Die spezifischen Aktionsgebiete werden im Detail im Mehrjahresrichtprogramm beschrieben, das den Inhalt, die Ziele und die erwarteten Resultate jeder einzelnen Aktion angibt. Diese wurden im Einklang mit den Hauptpolitiken und –instrumenten der Kommission festgelegt, insbesondere dem Instrument für Entwicklungszusammenarbeit (DCI), dem Instrument für Stabilität, dem EIDHR sowie den thematischen Programmen. Aktivitäten im Bereich von Hochschulbildung werden innerhalb eines Ansatzes für den Mittleren Osten in Betracht gezogen werden.

3. POLITIK UND INSTRUMENTE DER EG-ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

3.1 Politisches Umfeld

Jemen ist mit vielfältigen Problemen in Politik, Gesellschaft und Umwelt konfrontiert. In den letzten Jahren wurden seitens der Regierung und internationaler Geber maßgebliche Anstrengungen unternommen, um die wesentlichen Herausforderungen des Landes in Angriff zu nehmen. Die wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Kennziffern zeigen jedoch kaum Anzeichen eines Aufwärtstrends. Die Probleme werden durch die Schwierigkeiten der Regierung verstärkt, die Reformversprechen in politische Maßnahmen umzusetzen.

Der schwache Staat und die Komplexität der Probleme dieses Landes haben die EU veranlasst, die Beziehungen zu Jemen auf eine breitere Basis zu stellen. Zu diesem Zweck wurde der politische Dialog aufgenommen und im Jahr 2004 eine gemeinsame Erklärung verabschiedet. Mithilfe dieses Ansatzes verfolgt die EU das Ziel, unter dem Schwerpunkt Entwicklungszusammenarbeit integrierte Maßnahmen für mehr Stabilität, Sicherheit und verantwortungsvolle Regierungsführung zu setzen. Um den Fortbestand dieses Dialogs zu sichern, ist geplant, in Sanaa vierteljährlich politische Gespräche zwischen der jemenitischen Regierung und den Leitern der EU-Missionen abzuhalten. Diese Treffen werden es den beiden Seiten ermöglichen, die Versprechen höherrangiger Stellen voranzutreiben, über Entwicklungen zu berichten und konkrete Mechanismen zur Umsetzung der auf der Grundlage der Erklärung von Sanaa und der Erklärung EU-Jemen vereinbarten Maßnahmen zu erörtern.

Das EU-Ziel ist, den politischen und wirtschaftlichen Reformprozess gemeinsam mit den Ländern der Region im Rahmen der vom Europäischen Rat im Juni 2004 verabschiedeten Strategischen Partnerschaft mit dem Mittelmeerraum sowie dem Nahen und Mittleren Osten voranzutreiben. Die Strategische Partnerschaft begrüßt es,

- den politischen Dialog zwischen der EU und Jemen fortzusetzen
- die Bemühungen Jemens um die Durchsetzung der notwendigen politischen und wirtschaftlichen Reformen zu unterstützen
- die Einbindung Jemens in das regionale und wirtschaftliche Umfeld zu ermöglichen
- den Demokratisierungsprozess und die Wahrung der Menschenrechte in Jemen voranzutreiben.

Es sei darauf hingewiesen, dass Jemen im Rahmen von BMENA und des Forums für die Zukunft aktiv zu den Bemühungen der G-8 um Förderung von Demokratie und wirtschaftlicher Entwicklung in der Region beiträgt.

3.2 Ziele des EU-Vertrags in Hinblick auf Außenhilfe – EU-Entwicklungspolitik 2005

Entwicklungszusammenarbeit bleibt weiterhin eine wichtige Komponente unserer bilateralen Beziehungen zu Jemen. Die Strategie der Intervention wird auf die in Artikel 177 des EG-Vertrages beschriebenen breit gefassten Ziele ausgerichtet, nämlich die Förderung:

- 1) nachhaltiger wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung
- 2) der schrittweise zu vollziehenden Eingliederung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft

3) des Kampfes gegen die Armut.

Um die veränderten Rahmenbedingungen abzubilden, d.h. den breiteren Konsens in Bezug auf die MDG, das Sicherheitsumfeld und die stärkeren Auswirkungen der Globalisierung, wurde eine neue EU-Entwicklungspolitik definiert. Diese setzt im Wesentlichen auf die Beseitigung der Armut und betont die Bedeutung der Partnerschaft mit Entwicklungsländern, die auf Strategien zur Verringerung von Armut beruhen wird. Die Entwicklungspolitik sollte auch einen Beitrag leisten zur allgemeinen Zielsetzung der Entwicklung und Konsolidierung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten. Die EG-Entwicklungspolitik muss darüber hinaus bestrebt sein, die Formulierung und Umsetzung sonstiger die Entwicklungsländer betreffender Gemeinschaftspolitiken zu berücksichtigen. Dabei kommt das Prinzip der Konzentration auf eine begrenzte Anzahl von Maßnahmenbereichen zum Tragen. Um Harmonisierung in Bezug auf die sonstigen Geber zu gewährleisten, werden die Prioritäten anhand einer gemeinsamen Bestandsaufnahme in einem transparenten Dialog mit Partnerstaaten und verschiedenen sonstigen Akteuren ermittelt.

Am 20. Dezember 2005 nahm die EU eine Erklärung zur Entwicklungspolitik an, die auch unter dem Namen „Europäischer Konsens“ bekannt ist.¹ Dieser sieht zum ersten Mal eine gemeinsame Vision vor, die die Aktivitäten der EU in der Entwicklungszusammenarbeit, sowohl auf Ebene der Mitgliedstaaten als auf Gemeinschaftsebene, leiten soll. Die Erklärung identifiziert die Bekämpfung der Armut im Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung, einschließlich des Erreichens der Millennium-Entwicklungsziele, als das primäre Ziel der EU-Entwicklungszusammenarbeit. Die Erklärung betont auch, dass die Partnerschaft und der Dialog der EU mit Drittstaaten gemeinsame Werte und die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Frieden, Demokratie, Good Governance, die Gleichstellung der Geschlechter, Rechtsstaatlichkeit, Solidarität und Gerechtigkeit fördern wird, wie auch die Selbstverpflichtung der EU zu wirksamem Multilateralismus.

3.3 Zielsetzungen der anzuwendenden Verordnung/Vereinbarung über Zusammenarbeit und regionalspezifische Ziele der Zusammenarbeit. 2

Die Kommission beschloss im September 2004 in Zusammenhang mit der bevorstehenden finanziellen Vorausschau 2007-2013 eine Änderung des bestehenden Finanzinstrumentariums für internationale Zusammenarbeit. Anfang 2007 wird ein neues Finanzinstrument für Entwicklungszusammenarbeit (Development Cooperation Instrument, DCI) in Kraft treten, das sämtliche Formen der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, darunter Jemen, unterstützen soll. Die Verordnung wird von einer Reihe allgemeiner Grundsätze geleitet: Konsistenz, Koordination der Kooperationspolitiken, Koordination mit sonstigen bilateralen und multilateralen Gebern sowie Achtung der Menschenrechte, der demokratischen Grundsätze und der Rechtsstaatlichkeit.

¹ Gemeinsame Erklärung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und der Kommission zur Entwicklungspolitik der Europäischen Union: Der Europäische Konsens, unterzeichnet am 20. Dezember 2005; Amtsblatt C 46, 24.02.2006, S. 1.

² Man beachte, dass die verschiedenen Verordnungen zum Zeitpunkt der Erstellung dieses SP noch von den EU-Stellen erörtert werden.

Über das bilaterale geografische Instrument hinausgehend, könnte Jemen unter den für den Zeitraum des neuen Finanzrahmens angenommenen **thematischen Programmen** für zusätzliche Mittel in Frage kommen:

- Zuwanderung und Asyl;
- In Menschen investieren;
- Umwelt und nachhaltige Nutzung natürlicher Rohstoffe, einschließlich Energie;
- Nichtstaatliche Akteure und lokale Behörden in der Entwicklungszusammenarbeit;
- Nahrungsmittelsicherheit.

Jemen sollte auch Zugang zum neuen **Instrument für Stabilität** erhalten, dessen Zweck finanzielle, wirtschaftliche und technische Hilfe für die Bewältigung von drei wichtigen Herausforderungen ist:

- Politische Unsicherheit, Krisen und Bedrohungen für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit;
- Zivile Sicherheit;
- Technologische und nukleare Bedrohungen.

Schließlich sollte Jemen vom **Europäischen Instrument für Demokratie und Menschenrechte** (European Instrument for Democracy and Human Rights, EIDHR) profitieren können, das für die Jahre 2007-2010 folgende Prioritäten hat:

- Stärkung der Achtung der Menschenrechte, insbesondere der grundlegenden Meinungs- und Versammlungsfreiheit, und des Schutzes von Menschenrechtsverteidigern;
- Verhinderung oder Verminderung der weiten Verbreitung von Folter, Hilfe bei der Bekämpfung von Straffreiheit und der damit einhergehenden Gewaltkultur, sowie Beitrag zu Justiz und zur Wiedereingliederung von Justizopfern;
- Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft bei der Förderung der Menschenrechte und demokratischer Reform, durch einen Beitrag zu Konfliktlösung und durch Entwicklung politischer Beteiligung und Repräsentierung;
- Stärkung des internationalen Rahmens für den Schutz der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Justiz, und die Förderung von Demokratie;
- Aufbau von Vertrauen in demokratische Wahlprozesse durch weitere Entwicklung von Wahlbeobachtung.

4. POLITISCHE AGENDA DER REPUBLIK JEMEN

4.1 Hintergrund

Jemen ist ein einkommensschwaches Land mit 19,7 Millionen Einwohnern und einem Pro-Kopf-BIP von etwa 580 \$. Es zählt zur Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder (LDC) und in nahezu jeder Hinsicht zu den ärmsten Staaten der Welt, was das menschliche Wohlergehen betrifft. Im UNDP-Bericht 2005 über Menschliche Entwicklung (Human Development Report) steht Jemen auf dem Index menschlicher Entwicklung (Human Development Index, HDI) unter 177 Ländern an 155. Stelle. Jemen befindet sich unter den bei weitem ärmsten Ländern des ganzen Nahen und Mittleren Ostens und es gilt als unwahrscheinlich, dass das Land mit Ausnahme des Bereichs Bildung nur eines der bis 2015 angepeilten UN-Millenniumsziele erreicht.

Insgesamt geben einige Bereiche Anlass zur Sorge, die die Regierung in den nächsten Jahren mit Nachdruck und oberster Priorität in Angriff nehmen muss. Rasches Bevölkerungswachstum, langsame Entwicklung der Wirtschaft, Rückgänge bei der Ölproduktion, hohe Arbeitslosigkeit, versiegender Wasservorkommen, verbreitete Armut, Sicherheitsfragen in Zusammenhang mit terroristischen Bedrohungen und Spannungen unter den einzelnen Volksstämmen stellen weiterhin die größten Hindernisse auf dem Weg zu nachhaltiger Entwicklung dar. Alle diese Herausforderungen sind von einer schwachen Zivilverwaltung und einer ineffizienten Justiz zu bewältigen. Die dürftigen Ergebnisse sind nicht nur auf Ressourcenknappheit und geringfügige Durchführungskapazitäten zurückzuführen. Der oft langsame Entscheidungsfindungsprozess wird durch Partikularinteressen gebremst, die nicht immer mit dem Ziel, die sozioökonomische Lage und die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern, in Einklang stehen.

Um diesen Herausforderungen begegnen zu können, ist die Regierung dringend gefordert, tief greifende politische und wirtschaftliche Reformen in Gang zu setzen, die dazu angetan sind, die Regierungsführung zu verbessern und einen geeigneten Rahmen zur Erreichung der festgelegten Ziele zu schaffen. Trotz der unternommenen Anstrengungen gehen die Reformen in Jemen jedoch angesichts der bestehenden Probleme zu langsam voran. Die Regierung steht auch bei der Umsetzung weiterer entscheidender Reformen vor ernststen Schwierigkeiten, etwa in Bezug auf den öffentlichen Dienst, die Justiz oder die Dezentralisierung. In dieser Hinsicht könnte die Stärkung ihrer Beziehungen zur EU durch den Start des politischen Dialogs und durch die Einbindung Jemens in die Strategische Partnerschaft eine Gelegenheit darstellen, um die nötige Unterstützung zu erhalten und das Reformprogramm verwirklichen zu können.

4.2 Die Regierungsagenda

Die Regierung versucht bereits seit Jahren, mit Blick auf den Aufbau eines modernen, zukunftsfähigen Staates eine Reformagenda voranzubringen. Auf Druck internationaler Geber, die verstärkte Bemühungen um politische Reformen fordern, verabschiedete die jemenitische Regierung vor kurzem eine Aktionsmatrix für umfassende Reformen in Bezug auf Good Governance in den Bereichen Justiz, Menschenrechte, Pressefreiheit, Korruptionsbekämpfung, Demokratisierung, Wirtschaft, öffentliche Finanzen und öffentlicher Dienst sowie das unternehmerische Umfeld betreffend. Die Regierung hat diese Matrix bereits bewilligt, sodass der Reformkatalog im Zeitraum 2006-2007 umgesetzt werden kann. Diese mit Zeitleisten versehene Aktionsmatrix enthält eine Reihe politischer Ziele und praktischer Maßnahmen, die Engagement in Bezug auf eine Reformagenda für Jemen beweisen, insbesondere betreffend die Einsetzung folgender Mechanismen und Maßnahmen:

- Technischer Ausschuss Good Governance;

- Technischer Ausschuss CPIA und CPPR;
- Unabhängiger Nationaler Ausschuss Korruptionsbekämpfung;
- Unabhängiger Hochrangiger Technischer Ausschuss für Ausschreibung und Vergabe;
- Überarbeitung des Vergabegesetzes zur weiteren Verbesserung der Transparenz und Rechenschaftspflicht in Bezug auf Vergabeverfahren zum Schutz öffentlicher Mittel;
- Novellierung des Judicial Authority Law mit Blick auf weitere Stärkung der Finanz- und Verwaltungsautonomie der Justiz, inklusive Umbau des Justizwesens, der Handelsgerichte usw.;
- Maßnahmen zur Schaffung eines unternehmensfreundlichen Umfelds.

Im Bereich der Wirtschaftsreformen zielt die Regierungspolitik auf Erneuerung der IMF-Fazilität für Armutsbekämpfung und Wachstum ab. Mitte der neunziger Jahre startete Jemen ein Stabilisierungs- und Strukturanpassungsprogramm, das die Reduzierung der Staatshaushaltsdefizite, Inflationsbekämpfung und Schaffung nachhaltigen Wachstums mithilfe von Investitionen, Privatisierung der Staatsbetriebe, die Reduzierung des Beamtenapparats sowie die Steigerung von dessen Leistungsfähigkeit vorsah. In Zusammenhang damit wurden wichtige Beschlüsse gefasst, wie z.B. die Senkung der Zolltarife und der Subventionen für Ölprodukte.

Seit 1996 sind verschiedene Pläne für Wachstumsförderung und Armutsbekämpfung ausgearbeitet worden. In den letzten Jahren setzte die jemenitische Wirtschaftsreformpolitik auf die von der internationalen Gebergemeinschaft auf der Tagung der Konsultativgruppe vom Oktober 2002 in Paris unterstützte Armutsbekämpfungsstrategie (Poverty Reduction Strategy Paper, PRSP) 2002-2005. Die maßgebliche Zielsetzung der PRSP bestand in der Verringerung der Armut um 13,1 %, und zwar durch Maßnahmen in vier Bereichen: Wirtschaftswachstum, Entwicklung der Humanressourcen, Infrastrukturverbesserung und Stärkung des Sozialschutzes. Im Rahmen der PRSP hat die jemenitische Regierung mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft einige wichtige Initiativen zur Umsetzung von Strategien in Schlüsselbereichen wie etwa Grundschulbildung, Fach- und Berufsschulbildung sowie auf dem Gebiet der Wasserversorgung gesetzt.

Dem Fortschrittsbericht der Regierung vom Mai 2005 zufolge hat die PRS aufgrund der Schwächen ihrer analytischen Grundlagen und der überschätzten Regierungskapazitäten für die wirksame Umsetzung der Strategie nicht die erwarteten Ergebnisse erbracht. Dieser Prozess wurde von der Regierung eher als Pflichtübung zur Beschaffung weiterer Mittel denn als grundsatzpolitischer Rahmen für die Reduzierung der Armut angesehen.

Der auf dem Millenniumsziel beruhende neue Entwicklungsplan zur Armutsbekämpfung (Development Plan for Poverty Reduction) bildet den Eckpfeiler der jemenitischen Regierungspolitik der kommenden Jahre. Im Jahr 2004 war Jemen im Rahmen des UN-Millenniumsprojekts als eines der acht Pilotländer zur Ausarbeitung eines auf den MDG basierenden Entwicklungsplans ausgewählt worden. Daraufhin genehmigte die Regierung vor kurzem den dritten Entwicklungsplan zur Armutsbekämpfung (DPPR 2006-2010), der sich auf eine im Jahr 2005 unter Teilnahme verschiedener nationaler Akteure und Geber durchgeführte MDG-Länderanalyse stützt. Im DPPR wird neuerlich Jemens Bereitschaft zu sozialen, politischen und wirtschaftlichen Reformen zwecks Stärkung der Demokratie, Verbesserung der Regierungsführung, Vertiefung der Bürgerbeteiligung an Entwicklungsprozessen und Erhöhung des allgemeinen Lebensstands bekräftigt. In diesem Entwicklungsplan wird darüber hinaus hingewiesen auf die großen Herausforderungen wie

rasches Bevölkerungswachstum, Wasserknappheit, hohe Arbeitslosigkeit, schwach entwickelte Humanressourcen und wenig ausgebaute Infrastrukturen. Langfristig hat sich die Regierung drei Ziele gesetzt: Jemen bis 2025 von der Gruppe der Länder mit niedriger menschlicher Entwicklung zur mittleren Stufe [1] zu führen, höheres Wirtschaftswachstum (über 7 %) zu erreichen und die Armut bis 2015 gegenüber 1998 zu halbieren. Kurzfristig beruht der Plan in Bezug auf die Armut auf sieben “*strategischen Säulen*“:

- Ankurbelung des Wirtschaftswachstums (Investitionen in Zukunftsbranchen, Unterstützung von KMU und Ausschöpfung von Erdgasreserven);
- Ausweitung der Wirtschaftsreformen (Staatshaushalt, Bankensystem, Steuerpolitik);
- Förderung des Humankapitals zur Erreichung der MDG (Bewusstseinsbildung in Bezug auf Bevölkerungsfragen, Bildung, Gesundheit, Wasserversorgung/Hygiene und ökologische Nachhaltigkeit);
- Verbesserung der Good Governance (Modernisierung des Beamtentums und der Justiz, Entwicklung institutioneller Kapazitäten, Stärkung von Rechenschaft und Transparenz);
- Unterstützung für Dezentralisierung im Bereich kommunaler und ländlicher Entwicklung (Aufbau institutioneller Kapazitäten, Befähigung von Frauen)
- Eingliederung in regionale und internationale Volkswirtschaften (WTO-Beitritt)
- Stärkung der Partnerschaft mit Privatsektor, Zivilgesellschaft und Gebergemeinschaft.

5. ZUR LAGE VON POLITIK, WIRTSCHAFT, GESELLSCHAFT UND UMWELT

5.1 Politische Bestandsaufnahme

5.1.1 *Das politische System*

Nach der Vereinigung des Landes im Mai 1990 entwickelte sich Jemen als demokratischer Mehrparteienstaat mit direkt vom Volk gewähltem Parlament. Die Exekutive besteht aus dem Präsidenten und dem Ministerrat (Regierung). Der Präsident wird direkt vom Volk gewählt und seine Amtszeit wurde erst kürzlich von fünf auf sieben Jahre verlängert. Der Ministerrat wird vom Präsidenten auf Rat des Premierministers ernannt. Die Legislative setzt sich aus dem *Shura*-Rat (Oberhaus) und dem Abgeordnetenhaus (Parlament) zusammen. Die 111 Mitglieder der *Shura* werden vom Präsidenten ernannt. Die 301 Abgeordneten des Unterhauses werden alle sechs Jahre in direkter Volkswahl neu gewählt.

Im regionalen Maßstab ist die Demokratie in Jemen relativ hoch entwickelt. Die Fortschritte hin zu einer ausgereiften Demokratie erwiesen sich in den letzten Jahren jedoch als langsam, da die Wahlen hauptsächlich die Macht der Regierung gestärkt haben. Die herrschende GPC-Partei (General People’s Congress) konnte ihre Position auch durch Beschlüsse festigen, die die Vorrechte der Exekutive ausweiteten und die Macht des Parlaments beschnitten, wie etwa die Ausdehnung legislativer Befugnisse an den vom Präsidenten bestellten *Shura*-Rat. Die Opposition, und in zunehmendem Maße auch die parlamentarische Fraktion der herrschenden Partei, stellen zwar eine gewisse politische Konkurrenz dar, doch die stärkste

Oppositionspartei, die Islamic Congregation for Reform (*Islah*), bedeutet keine wirklich ernste Herausforderung für die Regierungspolitik.

Das jemenitische Entwicklungsmodell wird von einem komplizierten Geflecht untereinander verwobener Prozesse und Institutionen bestimmt. Während zahlreiche Aspekte sich dabei als schwierig erweisen, sind einige Tendenzen reformfreudiger Gruppen durchaus als positiv zu bewerten. Da die Forderung nach Rechenschaft offensichtlich nicht genügend Druck auszuüben vermag, ist offensichtlich, dass die Anreizstrukturen quer durch alle Bereiche der Regierung zu wenig auf die Entwicklungsbedürfnisse eingehen. Teile der politischen Führung und der Streitkräfte, der Stammesfürsten und Spitzenbeamten verfügen gleichzeitig über Beziehungen zur Privatwirtschaft und bilden so einflussreiche Gruppen.

Die drei Mehrparteien-Parlamentswahlen der Jahre 1993, 1997 und 2003 sowie die Präsidentschaftswahlen des Jahres 1999 wurden trotz einiger Schwächen von internationalen Beobachtern als hinreichend frei und fair bezeichnet. An den letzten Wahlen im Jahr 2003 nahmen bei guter Wahlbeteiligung (76,5 %) erstmals 22 konkurrierende Parteien teil; das Ergebnis war eine weitere Konsolidierung der herrschenden Partei: Der GPC gewann mit 58 % der Stimmen und 76 % der Sitze mit großer Mehrheit, die *Islah* errang 22 % der Stimmen und 45 Sitze und die Sozialistische Partei Jemens erreichte 5 % der Stimmen und 7 Sitze. Die Wahlen verliefen in Bezug auf Verfahren und Transparenz unterschiedlich. Frauen waren mit lediglich einer Abgeordneten vertreten, was auf äußerst starke Hindernisse bei der politischen Teilhabe und Vertretung von Frauen hinweist. Da die Regierung beherrschenden Einfluss auf Fernsehen und Radio ausübt – in einem Land, in dem 50 % der Bevölkerung Analphabeten sind – standen die Medien den Oppositionsparteien nur in begrenztem Maße offen. Die nächsten Parlamentswahlen sollen im Jahr 2009 stattfinden, die Präsidentschaftswahlen im September 2006, gemeinsam mit Kommunalwahlen.

5.1.2 Justiz

Die Unabhängigkeit der Justiz ist verfassungsmäßig verankert. Trotz Reformbemühungen bleibt die Justiz die schwächste, durch Ineffizienz, Korruption und Einmischung seitens der Exekutive in hohem Maße beeinträchtigte Regierungsgewalt. Die Gerichtsbarkeit leidet auch an Mangel entsprechender Mittel für die Ausbildung und Einstellung qualifizierte Richter und für die Umsetzung ihrer Urteilsentscheidungen. Das Gesetz erlaubt Stammes-Rechtssprechung außer im Strafrecht, wenngleich Stammes“richter“ in der Praxis oft auch in Straffällen entscheiden. Nach Stammesrecht festgenommene Personen werden meist nicht formal angeklagt sondern öffentlich ihres Vergehens bezichtigt. Etwa 70 % aller Streitfälle dürften durch Stammesentscheid geschlichtet werden. Probleme treten auch in Hinblick auf den Zugang zur Justiz auf, insbesondere für Frauen und sonstige benachteiligte Gruppen. Das Justizwesen wird weithin als missbrauchsanfällig empfunden und die Bürger scheuen meist den Kontakt, ausgenommen als Mittel letzter Wahl. In Erhebungen über Schwachpunkte des privaten Sektors wird das Fehlen einer funktionierenden Handelsgerichtsbarkeit als eines der am meisten abschreckenden Beispiele für vorhandene Sachzwänge angegeben. Eine weitere Herausforderung liegt im Spannungsfeld zwischen verfassungsmäßig garantiertem Rechtsstaat einerseits sowie Stammesregeln und –praxis andererseits.

Die Korruption ist weit verbreitet. Sie trifft vor allem die Armen, also jene Menschen, die über die geringste Macht und praktisch keine Mittel verfügen. In ihrer Auswirkung auf die Wirtschaft verhindert die Korruption letztlich zahlreiche Initiativen, ihre Bekämpfung ist jedoch aufgrund der Beteiligung von Interessen nicht einfach. Die Zustände in Gefängnissen sind weiterhin armselig, es kommt regelmäßig zu Fällen willkürlicher Verhaftung und Festhaltung sowie zu einem hohen Anteil von Untersuchungshäftlingen, die oft jahrelang ohne Anklage hinter Gittern sitzen.

5.1.3 Menschenrechte und Medien

In den letzten beiden Jahren hat Jemen sein Engagement in Bezug auf Menschenrechtsschutz bekräftigt und dies im Jahr 2003 durch Schaffung des Ministeriums für Menschenrechte (MHR), des einzigen Ministeriums unter der Leitung einer Frau, sowie auf der Konferenz von Sanaa im Jahr 2004 unter Beweis gestellt. Jemen befand sich unter den ersten Staaten der Region, die die wichtigsten internationalen Menschenrechtsübereinkommen (mit Ausnahme der Fakultativprotokolle) ratifiziert haben.

Trotz dieser Fortschritte ist der Weg in die Zukunft noch von Steinen gesät. Eine ganze Reihe sozialer, wirtschaftlicher und politischer Rechte bleibt großen Teilen der Bevölkerung weiterhin verwehrt. Berichten zufolge sind Folter und Misshandlungen weit verbreitet und Todesurteile werden nach wie vor vollstreckt. Im Jahr 2003 wurden zumindest 30 Personen hingerichtet, über Hunderte wurden Todesurteile verhängt³. Das Vorhandensein bestimmter Bräuche, Traditionen, kultureller und religiöser Praktiken führt zu erheblicher Benachteiligung von Frauen, Mädchen und sonstigen sensiblen Gruppen⁴, insbesondere was das Familien- und Personen- inklusive des Erbrechts betrifft. Diese Diskriminierung ist auch teilweise für die schwache Vertretung in Entscheidungsgremien verantwortlich. Schließlich fehlen auch Maßnahmen zur Bekämpfung sexueller und häuslicher Gewalt sowie Gesetze zu deren Bestrafung.

Jemen verfügt über eine starke, politisch engagierte Presse. Wenngleich Rede- und Pressefreiheit ‚innerhalb der gesetzlichen Normen‘ verfassungsmäßig verankert sind, werden Journalisten mit Strafmaßnahmen wie Verhaftungen, Freiheitsentzug, Geldstrafen und Gefängnis auf Bewährung belegt⁵. Ein vom Kabinett vor kurzem bewilligter Entwurf für ein neues Pressegesetz bringt Verbesserungen für Journalisten, indem es Schutz vor beruflich motivierter Gefängnisstrafe bietet, gibt jedoch dem Staat gleichzeitig mehr Kontrollrechte und beschränkt den Berufszugang. Da nur etwa 50 % der Gesamtbevölkerung lese- und schreibfähig sind (Männer 70 %, Frauen 30 %), üben die Printmedien einen wesentlich geringeren Einfluss aus als die unter Kontrolle des Informationsministeriums stehenden Medien Fernsehen und Radio.

5.1.4 Sicherheit

Die strategische Lage, durchlässige Grenzen sowie die Unfähigkeit der Regierung, die Kontrolle über das gesamte Staatsgebiet zu bewahren, machen Jemen potenziell zu einem sicheren Hafen für terroristische Gruppen und zu einem Durchgangsland für militante Gruppierungen und deren Gerät. Die Regierung schloss sich nach den Anschlägen vom 11. September dem von den USA angeführten Krieg gegen den Terror an und ging hart gegen islamische Extremisten vor, gab Geheimdienstinformationen an die USA weiter und stimmte der amerikanischen Präsenz im Lande zu. Die Kooperationsbereitschaft zur Zerschlagung islamischer Fundamentalisten auf jemenitischem Boden wurde in westlichen Hauptstädten zwar gelobt, im eigenen Land jedoch feindselig aufgenommen.

³ Bericht von Amnesty International 2004.

⁴ Insbesondere der *Akhdam*, einer etwa 200.000 Personen umfassenden ethnischen Minderheit. Das Wort bedeutet im Arabischen wörtlich ‚Dienende‘. Aufgrund der negativen Einstellung der Öffentlichkeit ist diese Gruppe am untersten Ende der gesellschaftlichen Skala angesiedelt. Mischehen oder der Umgang mit anderen Klassen bleiben ihnen verwehrt.

⁵ Auf dem Index der weltweiten Pressefreiheit wird Jemen unter 167 Ländern an 135. Stelle angeführt.

Die innere Dimension der Sicherheit sollte nicht unterschätzt werden: Die meisten Vorfälle, die als im Zusammenhang mit dem internationalen Terrorismus stehend dargestellt werden, sind eher hausgemacht. Die jemenitische Gesellschaft steht weiterhin unter dem Einfluss derselben komplexen, konflikträchtigen Stammesstrukturen, die das Land seit jeher beherrscht haben. Sie nehmen in Verbindung mit religiösen Spannungen und terroristischen Bedrohungen, verstärkt durch wirtschaftliche Anliegen, schließlich eine Eigendynamik an. Das Missverhältnis zwischen Stadt und Land, verbreitete Armut, die ungleiche Verteilung der Ressourcen und die Verdrossenheit der Bevölkerung wegen der Korruption und des langsamen Voranschreitens der Reformen und der Demokratisierung ziehen die allgemeine Unzufriedenheit nach sich und führen zur Preisgabe des Landes an militante islamistische Radikalbewegungen. Der weit verbreitete Waffenbesitz⁶ geht mit schwacher staatlicher Kontrolle über riesige Landesteile einher und erhöht das Risiko gewaltsamer Ausschreitungen, wie sie sich vor kurzem in der nördlichen Provinz Saadha ereigneten.

5.1.5 Internationale Beziehungen und regionale Perspektive

Am Beispiel der Abhaltung der Konferenz von Sanaa zu Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und den Internationalen Strafgerichtshof im Januar 2004 sowie der Teilnahme am G-8-Gipfel im Jahr 2004 ist zu ersehen, dass Jemen seine Präsenz auf der internationalen Bühne verstärkt hat. Die internationale Gemeinschaft verfolgt aufmerksam das Engagement des Landes im Kampf gegen den Terrorismus sowie den jemenitischen Demokratisierungsprozess.

Nach einer schwierigen Periode, die der ausbleibenden Unterstützung Jemens für die UN-Resolution gegen den Irak während des ersten Golfkrieges folgte, verbessern sich die Beziehungen zwischen Jemen und dem Golf-Kooperationsrat (GCC) allmählich. Insbesondere die Beilegung von Grenzstreitigkeiten zwischen Jemen und Saudi-Arabien im Jahr 2000 hat eine politische Annäherung zwischen den beiden Ländern bewirkt. Jemen hat sich um Mitgliedschaft im GCC beworben, bislang jedoch nur die Vertretung in vier Ausschüssen (Gesundheit, Bildung, Arbeit und Sport) erreicht. Angesichts der wirtschaftlichen Unterschiede, der Sicherheitsfragen und der politischen Differenzen erscheint eine Vollmitgliedschaft Jemens im GCC in naher Zukunft unwahrscheinlich. Das Problem der Isolation Jemens bleibt somit ungelöst; die Einbindung des Landes in eine Strategische Partnerschaft mit der EU könnte hier jedoch eine interessante Alternative bieten.

Um die regionalen Wirtschafts- und Sicherheitsbeziehungen auszubauen, unterhält die jemenitische Regierung enge Verbindungen zum Horn von Afrika, insbesondere zum Sudan und zu Äthiopien. Im benachbarten Somalia spielt Jemen eine aktive Rolle bei der Schlichtung innerer Streitfragen; das jemenitische Engagement spiegelt die Sorge über zunehmende Massen somalischer Flüchtlinge an der Küste Jemens wider. Eritrea hat die Annäherung seiner Nachbarstaaten an Jemen offen kritisiert.

⁶ Während die Zahl von Kleinwaffen landläufig auf 50-60 Millionen geschätzt wird, geht eine Erhebung aus dem Jahr 2003 eher von einem Bereich zwischen 6 und 9 Millionen aus (www.smallarmssurvey.org). Selbst diese reduzierte Ziffer schmälert jedoch nicht den Rang Jemens als eines der schwerstbewaffneten Länder (nach Besitz pro Kopf und Letalität dieser Waffen), jedoch nicht als meistbewaffnetes Land der Erde. [Sind Waffen im Jemen im Schnitt tödlicher als sonstwo? Die Definition von Letalität kann sich sowohl auf das Waffenpotenzial als auch auf die im täglichen Leben von Waffen ausgehende Gefahr beziehen].

5.2 Wirtschaftliche Bestandsaufnahme

5.2.1 Wirtschaftsstruktur

Jemen ist ein stark von Öl und Landwirtschaft abhängiges Niedrigeinkommensland. Im Jahr 2004 entfielen auf Öl 72 % der Staatseinkünfte, mehr als 86 % der Ausfuhrerträge und etwa 15 % des BIP. Durch diese Abhängigkeit ist die jemenitische Außenhandels- und Steuerbilanz äußerst anfällig für Schwankungen der Weltölpreise. Größten Anlass zu Sorge geben jedoch die schwindenden Ölvorkommen⁷. Bei der derzeitigen Fördermenge von 400.000 Barrel pro Tag könnten die Reserven innerhalb von 5-14 Jahren erschöpft sein. Jemen begann vor kurzem erneut mit der Förderung von Erdgas, dessen Reserven auf bis zu 16 Billionen Kubikfuß geschätzt werden und dem Land einen zeitlichen Spielraum für die wirtschaftliche Diversifizierung verschaffen könnten.

Trotz ihres schwindenden Anteils am BIP bleibt die Landwirtschaft (mit Fischerei und Qat-Anbau) die Stütze der einheimischen Wirtschaft. Die Landwirtschaft schafft Arbeitsplätze für 54 % der Erwerbsbevölkerung und trägt mit einem Anteil von 20 % am BIP zum Lebensunterhalt von zwei Dritteln der Bevölkerung bei. Sie ist marktorientiert und aufgrund von Bewässerungssystemen mittlerweile autark bei Obst und Gemüse. Der Anbau von Qat ist explosionsartig gestiegen. Die Agrarerzeugung besitzt Potenzial zu schnellerem Wachstum; um auch nachhaltig zu sein, müsste der Produktionsanstieg mit vernünftiger Wassernutzung sowie mit Investitionen in die Wasserbevorratung einhergehen. Durch seine 2500 km lange Küste verfügt Jemen über beträchtliche Ressourcen an wertvollem Fisch. Die Fischereiindustrie ist mit nur einem Viertel Kapazitätsauslastung unterentwickelt. Man schätzt, dass dieser Wirtschaftszweig anstelle der derzeitigen 0,85 % bis zu 5 % zum BIP beitragen könnte. Zusätzliche Nutzung des Fischreichtums könnte jedoch bei unsachgemäßer Bewirtschaftung zu einer Erschöpfung dieser Ressource führen.

Mit etwa 54 % des BIP, angeführt von den staatlichen Dienstleistungen (20,5 %) und gefolgt vom Verkehr (13,2 %), ist der Dienstleistungssektor der größte Wirtschaftszweig Jemens. Der Tourismus verfügt über Potenzial, setzt jedoch zunächst höhere Sicherheit im Land, Infrastrukturverbesserungen und eine Anhebung des Dienstleistungsniveaus voraus, um mehr Touristen ins Land zu bringen und konstantere Besucherzahlen verzeichnen zu können. Die Industrie ist mit verschiedenen Strukturproblemen konfrontiert: Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, Schmuggel und Dumping, wenige Kreditmöglichkeiten, schwache Infrastruktur und Versorgungsbetriebe sowie ein wenig unternehmensfreundliches Rechtssystem. Auf den Industriesektor entfallen einschließlich des 13,6%igen Anteils von Öl 27,3 % des BIP. Der kleine nicht auf Öl entfallende Industriesektor (11,6 % des BIP) besteht hauptsächlich aus Nahrungsmittel- und Mischmetallerzeugung.

5.2.2 Wachstum und gesamtwirtschaftlicher Trend

Wirtschaftswachstum und Investitionen schwanken seit dem Jahr 2000. Die BIP-Wachstumsrate verringerte sich von 4,6 % im Jahr 2001 auf 2 % im Jahr 2004 und ist somit zu niedrig, um das Bevölkerungswachstum von 3 % aufzufangen. Das Pro-Kopf-BIP liegt unter jenem vor dem Golfkrieg von 1990. Das auf Öl entfallende BIP-Wachstum verringerte sich von 1,3 % im Jahr 2001 auf im Jahr 2004 berechnete -5,9 %. Das nicht auf Öl entfallende BIP-Wachstum ebenso wie die private Investitionstätigkeit und öffentliche Finanzierungen

⁷ Jemen besitzt 9 Ölfelder mit nachgewiesenen Reserven von 750 Millionen Barrel. Regierung und Ölgesellschaften schätzen diese Zahl unter Einschluss der möglichen und förderbaren Reserven auf bis zu 1,4 Milliarden Barrel.

sinken laufend. Die Inflation wurde angefacht durch den starken Anstieg der Lebensmittelpreise und ist mit etwa 12 % weiterhin hoch. Im Jahr 2004 betragen die öffentlichen Investitionsausgaben 64,2 % des BIP, während die privaten von 66 % im Jahr 1995 auf 31,8 % sanken. Diese Fakten geben Anlass zu großer Sorge, da zukünftiges Wachstum und Beschäftigung von der privaten Investitionstätigkeit abhängen und die Ausgabenfreudigkeit der öffentlichen Hand mit schwindender Ölförderung abnehmen wird. Die Verteilung der Staatsausgaben gestaltet sich 'ineffizient' (öffentliche Gehälter, Ölsubventionen) und gefragt ist eine Umverteilung hin zu Aktivitäten, die höhere Gewinne auf private Investitionen versprechen.

Die Auslandsverschuldung Jemens beträgt nach Schätzungen vom Sommer 2005 5,9 Mrd. \$ (39 % des BIP). Die weiter steigenden Devisenreserven reichen aus für 16 Monate an Einfuhren. Beunruhigend ist jedoch der negative Trend der Leistungsbilanz, die im Jahr 2005 trotz der höheren Ölpreise defizitär sein dürfte. Die offizielle Arbeitslosenziffer ist von 13,2 % im Jahr 2002 auf 14,8 % im Jahr 2004 gestiegen, erreicht jedoch laut Schätzungen nahezu 40 %; die Arbeitslosigkeit könnte in naher Zukunft weiter explodieren, da etwa 50 % der Bevölkerung jünger als 15 Jahre sind und angenommen wird, dass der Markt jedes Jahr mindestens 250.000 neue Arbeitssuchende aufnehmen muss. Die Landwirtschaft (einschließlich Fischerei) bleibt mit 54 % der Erwerbstätigen der wichtigste Arbeitgeber, gefolgt vom Dienstleistungssektor (23 %), der Industrie (12 %) und der öffentlichen Verwaltung (11 %).

5.2.3 Öffentliche Finanzen

Während das Problem des Fiskaldefizits zu Ende der 1990er Jahre gelöst werden konnte, wies das Land im Jahr 2002 erneut eine negative Bilanz aus. Ab diesem Zeitpunkt vervielfachten sich die öffentlichen Ausgaben und führten dazu, dass sich das Defizit verfünffachte. Schätzungen zufolge bewegte es sich im Jahr 2004 bei 4,5 %, gegenüber 1,2 % im Jahr 2002 und 5,2 % des BIP im Jahr 2003. Im Zeitraum 2002 bis 2004 stiegen die Einkünfte nach und nach, was hauptsächlich auf die Öleinkünfte (geschätzte 72 % der Gesamteinnahmen im Jahr 2004) zurückzuführen war. Die wichtigste Einnahmenquelle außer Öl machen direkte und indirekte Steuern aus (7,4 % des BIP). Die Staatsausgaben verzeichneten in den letzten beiden Jahren einen Anstieg bei den Nicht-Investitionen, d.h. bei Subventionen, Militärausgaben und Beamtengehältern. Jemen braucht eine Reform seiner Währungs- und Devisenpolitik sowie eine strengere Fiskalpolitik zu Inflations- und Schuldenabbau.

5.2.4 Handelsstruktur

Im Zeitraum 2000-2004 war die Handelsbilanz Jemens positiv, wenngleich nach und nach ein Rückgang von 1.170 auf 626 Millionen US\$ zu verzeichnen war. In diesem Jahr könnte die Leistungsbilanz ein kleines Defizit ausweisen, was hauptsächlich auf den Rückgang bei der Ölförderung zurückzuführen ist, die nur teilweise durch den Preisanstieg kompensiert wurde. Der Außenhandel wird durch Ölausfuhren bestimmt, die 86 % der gesamten Exporterlöse ausmachen. Die sonstigen Erträge sind in erster Linie auf die Wiederausfuhr von Nahrungsmitteln und lebenden Tieren (4,3 %) sowie von Maschinen und Transportausrüstungen (2,2 %) zurückzuführen. Die wichtigsten Ausfuhrländer des Jahres 2004 waren China (33,5%), Thailand (31,3 %) und Singapur (7,2 %); die EU steht mit 1,8 % der jemenitischen Gesamtausfuhren an neunter Stelle. Jemen ist Nettoimporteur bei allen wichtigen Produktkategorien mit Ausnahme von Ölprodukten. Im Jahr 2003 bestanden die Einfuhren hauptsächlich aus Maschinen und Transportausrüstungen (wertmäßig 26,4 %) sowie Nahrungsmitteln und lebenden Tieren (23,5 %). Auffallend ist der rasche Anstieg bei den Einfuhren von Mineralölen und Schmiermitteln, die sich seit 1999 beinahe vervierfachen und fast 15 % der Gesamteinfuhren betragen. 22,4 % der jemenitischen Einfuhren stammen

aus der EU und 12,9 % aus den Vereinigten Arabischen Emiraten (28,5 % aus arabischen Staaten); weitere wichtige Einfuhrländer sind China (9 %) und die USA (4,4 %).

Die EG stellt über ein bis 2008 laufendes Programm internationale Expertise für die Vorbereitung und Koordinierung des Beitritts Jemens zur WTO zur Verfügung. Jemen hat sich für den Integrierten Rahmen qualifiziert, ein Programm, das die LDC stärker zur Eingliederung in die Weltwirtschaft und zur Einbindung des Handels in die nationale Entwicklungspolitik und in die Armutsbekämpfungsstrategie (PRSP) befähigen soll. Ein Team bestehend aus internationalen und einheimischen Experten hat eine ‚Diagnostische Studie zur Handelsintegration‘ (Diagnostic Trade Integration Study, DTIS) zur Behandlung entscheidender Handelsthemen inklusive einer Matrix mit Projekten und Programmen technischer Hilfe ausgearbeitet, die unternommen werden müssen, um den Handel in der jeweiligen nationalen Entwicklungspolitik zu etablieren.

5.3 Gesellschaftliche Bestandsaufnahme

5.3.1 Armut

Jemen ist vermutlich das ärmste Land des Nahen und Mittleren Ostens und Nordafrikas⁸. Bei der letzten Messung der Armut im Jahr 1998⁹ gaben 41,8 % der Bevölkerung an, nicht über ausreichend Geld für ihre Grundversorgung zu verfügen. 10,7 % lebten in extremer Armut und hatten mit weniger als einem Dollar pro Tag auszukommen – mit einem Betrag, den man sonst nirgendwo in dieser Region antreffen wird. Ein vernachlässigbarer Anstieg im Pro-Kopf-BIP lässt als unwahrscheinlich vermuten, dass die Armutsrate seit damals spürbar zurückgegangen sein sollte. Jüngsten Schätzungen zufolge verringerte sich die absolute Armut im Zeitraum 1998-2003 geringfügig auf 40,1 %. Im Jahr 1998 war die Armutsrate in ländlichen Gebieten höher als in Städten (45,0 % bzw. 30,8 %) und lag in fünf südwestlichen Provinzen bei 50 %.² Insgesamt leben 78 % der Armen in schwer zugänglichen, steilen Gebirgs- oder Wüstenlandstrichen. Eingeschränkter Zugang zu Bildung von einer gewissen Qualität reduziert ihre Möglichkeiten, auf andere Berufe zu wechseln; eine wichtige Überlebensstrategie ist weiterhin eine hohe Fortpflanzungsrate, durch die sich die Anzahl ungelerner Arbeitskräfte vervielfacht. Zu weiteren Gruppen der Armutsbevölkerung zählen städtische Gemeinschaften bestehend aus freigesetzten Arbeitskräften, die aus den Golfstaaten zurückgekehrt sind, sowie Familien, die vom Land in die Stadt zogen. Bei Haushalten mit mindestens zehn Personen lag die Armutsrate bei 50 %, gegenüber einer Quote von unter 1 % bei Zweipersonen- oder noch kleineren Haushalten.

Zu den hauptsächlichen Bewältigungsstrategien der ärmsten Bevölkerungsschicht zählen informelle und formelle Sicherheitsnetze, wobei erstere von wesentlicher Bedeutung sind. Formelle Sicherheitsnetze sind etwa i) staatliche Programme, bei denen Bargeld überwiesen wird, wie der Social Welfare Fund (Sozialer Wohlfahrtsfonds), ii) überwiegend aus Pensionsfonds für Beamte, Polizei und Streitkräfte bestehende Programme sozialer Sicherheit und iii) von Gebern unterstützte Programme zur Schaffung von Arbeitsplätzen, wie der Social Fund for Development (Sozialfonds für Entwicklung), das Public Work Programme (Staatliches Arbeitsprogramm) und das Rural Access Programme (Einstiegsprogramm für die Landbevölkerung).

⁸ Da kein geeigneter Index zum Vergleich der Kaufkraftparität vorliegt, kann nicht abgeschätzt werden, ob die Armutsrate über oder unter jener des Irak liegt. Sämtliche sonstige Kennziffern der menschlichen Entwicklung sind jedoch im Jemen wesentlich schlechter.

⁹ Household Budget Survey (Erhebung über Haushaltseinkommen) 1998.

5.3.2 Bevölkerung und Gesundheit

Die jemenitische Bevölkerung war mit Ende 2004 bei einem jährlichen Wachstum von 3,1 % (der LCD-Durchschnitt liegt bei 2,3 %) auf 19,7 Millionen angewachsen. Positiv ist zu vermerken, dass die Kennzahlen von einer sinkenden Fertilitätsrate von 5,8 Kindern im Jahr 2003 verglichen mit 6,8 Kindern im Jahr 1997 ausgehen. Derzeitige Berechnungen weisen jedoch auf eine annähernde Verdoppelung der Bevölkerung in 20 Jahren hin. Die Tatsache, dass fast die Hälfte der Bevölkerung unter 15 Jahre alt ist, lässt in den kommenden Jahren verstärkten Druck auf die Wirtschaft erwarten, Arbeitsplätze, Nahrung und Grundversorgung sicherzustellen. Die Bevölkerung ist auf die 21 Provinzen und ca. 41.800 Dörfer unregelmäßig verteilt: 24 % leben in städtischen Gebieten und 74 % in weniger als 5.000 Einwohner zählenden Siedlungen, was sich auf die Grundversorgung negativ auswirkt.

Im letzten Jahrzehnt konnte Jemen trotz einer nur bescheidenen Erhöhung der Staatsausgaben von 1,4 % des BIP im Jahr 2002 auf 1,9 % im Jahr 2004 – was nach wie vor ungenügend für eine medizinische Grundversorgung und für die Versorgung mit medizinischen Ausrüstungen und Verbrauchsgütern ist - Verbesserungen bei der Volksgesundheit erreichen. Jemen steht besser da als der LDC-Durchschnitt bei der Säuglings- und Kindersterblichkeit (unter 5 Jahren), der Abwärtstrend der letzten fünf Jahre gibt jedoch Grund zu Besorgnis. Bei den Zahlen für Mangelernährung bei Kindern liegt Jemen gleichauf mit den Ländern südlich der Sahara. Die Prävalenz übertragbarer Krankheiten wie insbesondere Malaria, Tuberkulose, Masern und Meningitis ist nach wie vor hoch. Im April 2005 trat in tief gelegenen Gebieten an der westlichen Rotmeerküste zum ersten Mal seit dem Jahr 2001 wieder das Poliovirus auf.

5.3.3 Bildung

Das Bildungsniveau ist im Jemen äußerst niedrig. Mit einer Einschulungsrate von lediglich 65 % und einem Alphabetisierungsgrad von nur 39 % liegt Jemen weit hinter anderen arabischen Staaten und vielen LDC. Nichtsdestotrotz konnte der Bildungszugang dank großen Engagements der Regierung und einiger Geber merklich verbessert werden. Die neuesten Zahlen sprechen von einer Erhöhung des Alphabetisierungsgrades im letzten Jahrzehnt - von 32,7 % im Jahr 1990 auf 49 % im Jahr 2002 (was nach wie vor gering ist verglichen mit den 54,2 % der LDC und den 64,1 % der arabischen Staaten). Landesweit sind 69,1 % der weiblichen und 27,3 % der männlichen Bevölkerung im Alter von mindestens 10 Jahren Analphabeten.¹⁰ Im Grundschulbereich stieg die Einschulungsquote von 25.000 Schülern im Jahr 1970 auf über 4.000.000 im Jahr 2003. Diese Quote trägt jedoch kaum dem Bevölkerungswachstum Rechnung und liegt weiterhin unter dem Wert vergleichbarer Länder. Frauen sind vor allem im ländlichen Raum aufgrund ihres Ausbildungsdefizits schwer benachteiligt: landesweit besuchen 55 % der grundschulpflichtigen Mädchen die Schule, verglichen mit nur 30 % auf dem Land, wo nur 20 % der Frauen lese- und schreibfähig sind.

Die Ausgaben für Bildung in Prozent des BIP sowie der Haushaltsausgaben sind in Jemen relativ hoch: Der gesamte Etat stieg von 5 % des BIP im Jahr 1996 auf 7,5 % im Jahr 2003, während sich der Anteil am Haushalt von 17 % der Staatsausgaben auf 22 % im Jahr 2004 erhöhte. Die Ergebnisse entsprechen jedoch nicht diesen Ziffern und erfordern eine effizientere Ausgabenpolitik: So treten im Bildungswesen weiterhin erhebliche Mängel hinsichtlich Zugang, Qualität, Lehrkompetenz, Verantwortungsbereitschaft und Wirkungsgrad auf, die die Wirksamkeit des gesamten Bildungssystems beeinträchtigen.

¹⁰ Erhebung aus dem Jahr 2003 über Familiengesundheit in Jemen (Yemen Family Health Survey, 2003).

5.4 Zur Lage der Umwelt

Zu den Hauptproblemen des heutigen Jemen zählt die durch wirtschaftliche Entwicklung und Bevölkerungswachstum hervorgerufene Zerstörung der Umwelt. Jemen ist ein reiches Land in Bezug auf Artenvielfalt und Umwelt. Aufgrund seiner geografischen Lage weisen Klima und Topografie eine Vielfalt auf, die sich in Umwelt und Artenvielfalt widerspiegelt. Die Unterzeichnung einer Reihe einschlägiger internationaler Übereinkommen – darunter jene über den Schutz der Artenvielfalt und vom Aussterben bedrohter Pflanzen- und Tierarten sowie über die Bekämpfung der Wüstenbildung - belegt die Sorge der jemenitischen Regierung um die Umwelt.

Die Umweltsituation droht sich aufgrund des enormen demografischen Drucks (3 % jährliches Bevölkerungswachstum mit der Aussicht auf Verdoppelung der Einwohnerzahl in 20 Jahren) weiterhin zu verschlechtern. Der wirtschaftliche Fortschritt Jemens hängt weitgehend von Bodenschätzen ab: Erschöpfung oder Zerstörung dieser Ressourcen beeinträchtigt die Nachhaltigkeit der jemenitischen Wirtschaft und bedeutet eine Belastung für die Generationen von heute und morgen. Ein Ignorieren von Umweltfragen kann gravierende Folgen für Produktivität, Gesundheit, Lebensgrundlagen und die gesamte Lebensqualität sowie direkte Auswirkungen auf Armut, Beschäftigung und Gesellschaftsordnung auslösen.

Die wichtigsten Umweltbedrohungen in Jemen bestehen in Erschöpfung und Verunreinigung der Wasserreserven, Luftverschmutzung, Raubbau, Küstenerosion und Zerstörung natürlicher Lebensräume und der Artenvielfalt. Jemen ist mit zahlreichen schwierigen Umweltfragen konfrontiert: rasche Ausdehnung der Städte, unausgewogenes Konsumverhalten, mangelnde Grundversorgungsleistungen: dazu zählt etwa die ineffiziente Abfallsammlung und –entsorgung sowie die exzessive Nutzung der Wasserressourcen.

In Ermangelung von Regenfällen und Wasserflächen zählt Jemen zu den Regionen der Welt mit der größten Wasserknappheit. Die Lage wird durch Überkonsum und das weit verbreitete Abpumpen von Grundwasser weiter verschärft. Besonders dramatisch ist die Situation in Westjemen, wo die Wasserentnahme die Niederschläge um 70 % übersteigt; dort besteht in den nächsten 50 Jahren das Risiko des Austrocknens. Auch in den wichtigsten städtischen Gebieten herrscht Wasserknappheit; im ländlichen Raum kommt noch verschärfend die Grundwasserverschmutzung hinzu. In einem von der Regierung im Mai 2004 veröffentlichten staatlichen Programm, bei dem es um eine Strategie und Investitionen im Wassersektor geht (National Water Sector Strategy and Investment Program), werden Erschöpfung, Verschmutzung und ungenügende Versorgung als Hauptthemen festgemacht. Das Wassergesetz aus dem Jahr 2002 beschreibt die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Kontrolle des Wasserverbrauchs. Die Durchsetzung gestaltet sich jedoch weiterhin schwierig.

5.5 Bewertung des Reformprozesses

5.5.1 Politische Reformen

Trotz der Tatsache, dass die Schlussfolgerungen der Konferenz von Sanaa vom Januar 2004 konstruktive Versprechungen enthielten, wurde auf der politischen Reformagenda bislang höchst wenig erreicht. Die Schaffung des Ministeriums für Menschenrechte war ein großer Schritt in eine gute Richtung, die jüngsten Gespräche über eine Umwandlung des Ministeriums in eine Behörde von der Art eines staatlichen Ombudsmanns könnten jedoch in Ermangelung geeigneter Mitarbeiter oder Ressourcen verfrüht sein. Ausständig ist auch die Reform des Justizwesens, wobei die Meinungen des Justizministers und der Justizbehörden auseinanderklaffen. Der Minister unterstützt diese Reform zwar aktiv, verfügt jedoch weder

über Mittel noch Unterstützung für die Umsetzung. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) unterstützt die Regierung in einem Pilotprojekt bei der Errichtung zweier Gerichte und bei der Einführung eines automatischen Fallbearbeitungssystems. In den großen Städten wurden unter dem Vorsitz von Richterinnen Jugendgerichte eingesetzt, die jedoch über keine Mittel verfügen.

Die Reform des öffentlichen Dienstes zählt zu den wichtigsten Herausforderungen der Regierung. Das Hauptproblem dabei besteht in dem durch einen großen, wenig leistungsfähigen Beamtenstab aufgeblähten, teuren Verwaltungsapparat. Versuche einer ernsthaften Reform des öffentlichen Dienstes sind hingegen an der Möglichkeit sozialer und politischer Folgen für Beschäftigung und Stabilität und schwindender Einflussnahme der Regierung auf Stellenvergaben gescheitert (die öffentliche Verwaltung wurde immer als wichtiger Arbeitgeber angesehen). Trotz dieser Schwierigkeiten verabschiedete die Regierung jedoch eine vierstufige Entlohnungsstrategie, die die Leistung der Beamten anheben und die Korruption bekämpfen soll; derzeit wird im Ministerium für den öffentlichen Dienst ein rechnergestütztes Hightech-Ausweissystem installiert, das Trittbrettfahrern und Systemausbeutern das Handwerk legen soll.

Zur Bekämpfung der Korruption wurde eine Hochkommission unter Führung des Premierministers und mit Beteiligung des Finanzministers eingesetzt, deren konkrete Maßnahmen jedoch ausblieben. Die direkte Beteiligung der Regierung an der Hochkommission lässt auf mögliche Interessenskonflikte schließen. Die Zentralorganisation für Kontrolle und Prüfung (Central Organisation for Control and Auditing, COCA) ist eine der Pilotbehörden für die Reformierung des öffentlichen Dienstes, der Ausbau ihrer Autonomie schritt jedoch bislang nur geringfügig voran. Die COCA wird zunehmend vom Ausland unterstützt, allen voran von der GTZ.

5.5.2 Wirtschaftsreform

Die Regierung hat Reformwillen bekundet, doch das Reformtempo schreitet nur langsam voran. Darüber hinaus fließen über den Weg der Öleinkünfte genügend Mittel, die die Regierung noch eine Weile davon abhalten werden, unpopuläre Reformen mit Nachdruck umzusetzen; da die Ölvorkommen jedoch schneller als erwartet versiegen, wird die Umsetzung dieser Reformen zum Gebot der Stunde. Die Regierung hat im Haushalt 2005 makroökonomische Kennzahlen und maximale Richtwerte für die Staatsausgaben eingeführt, die internen Kontrollen bleiben jedoch weiterhin unzulänglich. Im August verabschiedete die Regierung eine umfassende Strategie zur Modernisierung der öffentlichen Finanzverwaltung.

Die Auszahlung einer IWF- und Weltbank-Finanzierung in Höhe von 300 Millionen US \$, verknüpft mit dem von Gebern im Jahr 2002 versprochenen 2,3 Milliarden-Paket, veranlasste die Regierung mit Sicherheit zur rascheren Reformumsetzung. Im Juli 2005 verabschiedete die jemenitische Regierung ein Maßnahmenpaket zur Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts, zur Erhöhung der Haushaltseinkünfte und zur Kompensierung der Auswirkungen der geringeren Ölförderung auf den Staatshaushalt. Diese Maßnahmen sind politisch und gesellschaftlich umstritten. Die Regierung beschloss, Ölprodukte geringer zu subventionieren, was zu durchschnittlicher Verdoppelung der Treibstoffpreise führte. Die inländischen Treibstoffpreise liegen weiterhin bei nur 38 % bis 75 % der Weltpreise, doch die Regierung spricht von weiteren Kürzungen der Subventionen, um dieses Gefälle wettzumachen. Die Regierung setzte auch Maßnahmen zur Senkung der Einfuhrzölle – von durchschnittlich 12,5 % auf etwa 7 % - im Hinblick auf das Ziel, die jemenitische Wirtschaft in die Weltwirtschaft einzugliedern, den Schmuggel bei Importwaren zu unterbinden und eine Harmonisierung der Zollsätze in Anpassung an den GCC herbeizuführen. Das Steuersystem sollte mit Blick auf den Haushalt und höhere Steuereinnahmen grundlegend reformiert

werden. Die Einführung einer allgemeinen Umsatzsteuer (General Sales Tax) im Jahr 2005 wurde um 18 Monate verschoben.

Nachdem Jemen im April 2000 um WTO-Mitgliedschaft ansuchte, wurde am 17. Juli 2000 eine Arbeitsgruppe zur Prüfung des jemenitischen Ansuchens und schlussendlich zur Unterbreitung von Empfehlungen für ein Beitrittsprotokoll errichtet. Im Anschluss daran legte Jemen dem WTO-Sekretariat ein Außenhandelsmemorandum vor, das die Grundlage für Gespräche im Vorfeld des Beitritts bilden wird. Im November 2004 und im Oktober 2005 wurden zwei Treffen der Beitritts-Arbeitsgruppe abgehalten. Der WTO-Beitritt Jemens wird tiefgreifende Reformen und Änderungen mancher Grundzüge des jemenitischen Handelsregimes und einschlägiger Gesetze erfordern, die im Land auf Widerstand stoßen könnten.

5.5.3 Sozialreform

Die Sozialpolitik der jemenitischen Regierung folgt einer Reihe im letzten Jahrzehnt ausgearbeiteter und umgesetzter Entwicklungspläne: Der letzte Plan war die Armutsbekämpfungsstrategie 2002-2005, die Leitlinien im Kampf gegen Armut und zur Verbesserung der Lebensbedingungen aufstellte. Um die Kurzzeitfolgen der Wirtschafts- und Finanzreformen auf die schwächsten Gruppen der Bevölkerung aufzufangen, führte die Regierung Mitte der 1990er Jahre ein soziales Sicherheitsnetz ein (SSN). Es umfasst Entwicklungsprojekte, Infrastruktur und Grundversorgung zur Verbesserung der Lebensbedingungen in armen Gemeinden. Das Instrument des Sozialen Wohlfahrtsfonds dient der direkten Unterstützung der ärmsten Bevölkerungsschichten in Form von Barauszahlungen, während der Sozialfonds für Entwicklung in erster Linie der Erbringung von Basis-Dienstleistungen und der Schaffung von Arbeitsplätzen auf Gemeindeebene dient. Die Regierung hat das SSN durch verschiedene Maßnahmen, insbesondere durch Aufstockung der Mittel für das soziale Wohlfahrtssystem sowie durch Unterstützung von Bauern und Fischern durch Vergabe weicher Kredite gestärkt.

5.6 Querschnittsthemen

5.6.1 Gender

Das Geschlechtergefälle nimmt in Jemen zu. Frauen – insbesondere Frauen und Mädchen im ländlichen Raum – sind bei nahezu allen sozioökonomischen Kennziffern schlechter gestellt als Männer. Im Jahr 2004 lag Jemen beim Gender-Index des UNDP (Gender-related Development Index) unter 144 Ländern an 126. Stelle und schnitt damit am schlechtesten unter allen arabischen Staaten ab (UNDP HDR, 2004¹¹). Nur 29 % der erwachsenen Frauen, verglichen mit 69 % der Männer, sind des Lesens und Schreibens mächtig. 52 % der eingeschriebenen Mädchen beenden nicht die Grundschule, gegenüber 18 % bei den Knaben. In Jemen ist somit die Kluft unter allen arabischen Ländern am größten. Die Fertilität lag im Jahr 2003 bei 5,8 Kindern pro Frau (5,1 in den LDC und 3,8 im arabischen Raum). Zu den Gründen zählt die frühe Verheiratung von Mädchen, die auch ein weiteres Haupthindernis für die Gleichstellung der Geschlechter darstellt. Frauen bleiben auf häusliche Aufgaben und die Landwirtschaft beschränkt: Über 70 % der Arbeit in der Landwirtschaft wird von Frauen verrichtet. Wirtschaftliche Entscheidungen sowie die Pflege der Beziehungen zur Außenwelt stehen weiterhin nur Männern zu. Während Frauen traditionsgemäß Schutz vor Gewalt finden, zeichnet sich ein zunehmender Trend zu häuslicher Gewalt ab. Die mangelnde Partizipation von Frauen in sämtlichen Gesellschaftsschichten wird den weiblichen Bevölkerungsanteil trotz politischer Versprechungen weiterhin marginalisieren.

¹¹ http://hdr.undp.org/statistics/data/country_fact_sheets/cty_fs_YEM.html

5.6.2 *Qat*

*Qat*¹² hat in Jemen allergrößte Bedeutung. Das Kauen von *Qat* gilt als entscheidendes Identitätsmerkmal, das leider in den letzten dreißig Jahren unter Männern, Frauen und sogar Kindern stark zugenommen hat. *Qat* ist mit 11 % der bebauten Fläche, 32 % der landwirtschaftlichen Wertschöpfung im Jahr 2003 und einem Anteil von etwa 24 % an der Agrarbeschäftigung die wichtigste Pflanze Jemens, die nicht für den Eigenverbrauch produziert wird. Der *Qat*-Verbrauch wird zwar besteuert, nach Schätzungen des Finanzministeriums werden jedoch nur 5 % aller Geschäfte steuermäßig erfasst. Die Pflanze dürfte mit 6 % zum BIP beitragen, doch ihr Genuss zieht negative Folgen nach sich. Er reduziert das für sonstigen Konsum verfügbare Einkommen, verbraucht 40 % der Haushaltsbudgets von Familien mit niedrigen/mittleren Einkommen in den Städten und zieht somit Mittel für sonstige Grundbedürfnisse ab. *Qat* trägt auch zur Erschöpfung der Wasserressourcen bei, da die Ertragssteigerung durch Bewässerung das nachhaltige landwirtschaftliche Wachstum verhindert. Außerdem bedeutet *Qat* keinen Wertzuwachs für den Außenhandel. Das Kauen von *Qat* soll sich angeblich gravierend auf die Produktivität auswirken, da es den Arbeitstag verkürzt. Die tatsächlichen Auswirkungen dieser Gewohnheit sollten näher untersucht werden.

5.6.3 *Zivilgesellschaft*

Die Zugehörigkeit zu einem Stamm ist für viele Jemeniten, insbesondere im Norden und in Gebieten, in denen der Staat institutionell schwach aufgestellt ist, maßgeblicher Bestandteil ihrer Identität. Das Stammesdenken stellt einen wesentlichen Bestandteil der Zivilgesellschaft dar und könnte letztlich die Gesellschaft im Rahmen des eigenen Systems in höherem Maße zur Verantwortung ziehen. Ziviler Aktivismus war für die jüngere Geschichte Jemens prägend. Etwa 2500 aktive und nicht aktive Organisationen der Zivilgesellschaft sind im Land tätig. Menschenrechtsverbände agieren ohne größere Einschränkungen. Insgesamt läuft alles auf heftige Formen von Kontroverse außerhalb des Kontexts von Wahlen hinaus. Trotzdem beklagen sich Aktivisten, die neue zivilgesellschaftliche Organisationen gründen wollen, über mangelnde Verfahrenstransparenz und Überempfindlichkeit des Regimes. Der Sozialfonds für Entwicklung ist mittlerweile ein wichtiger Akteur bei der Errichtung von Basisdiensten vor Ort in den örtlichen Gemeinden geworden, da er in der Lage ist, Organisationen der Zivilgesellschaft auf- und auszubauen, indem er ihre Verwaltungskapazitäten und ihre Fähigkeit zur Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden stärkt.

5.6.4 *Umwelt*

Die Wirtschaft des Jemen basiert auf natürlichen Rohstoffquellen. Der Raubbau an diesen Ressourcen bedeutet nicht nur einen Verlust an Landesvermögen, sondern untergräbt die wirtschaftliche Nachhaltigkeit. Zu den enormen Umweltproblemen zählen die Degradierung von Land und natürlichen Lebensräumen, die Abfallbewirtschaftung sowie die besonders alarmierende Lage der Wasserversorgung.

Wie bereits erwähnt, zeichnet sich eine Wasserkrise ab. Die wichtigsten Fragen für den Sektor wurden im von der Regierung im Mai 2004 veröffentlichten National Water Sector Strategy and Investment Program (Strategie und Investitionsprogramm für den Wassersektor) zusammengefasst, nämlich Ressourcenerschöpfung, Verschmutzung und Versorgung. Das im

¹² *Qat* ist ein ausschließlich wegen seiner Blätter gepflanzter, 2-4 m hoch wachsender Strauch, der ein in der chemischen Struktur den Amphetaminen ähnliches Stimulans enthält. Die Pflanze ist robust und dürreresistent und passt sich an verschiedene Umgebungen an, gedeiht jedoch am besten auf einer Seehöhe von 1500-200 m.

Jahr 2002 in Kraft gesetzte Wasserrecht stellt einen Rechtsrahmen für die Kontrolle der Entnahme dar, wird jedoch weiterhin nur zögernd durchgesetzt. Bei jährlich an manchen Stellen 3-6 m absinkenden Grundwasserspiegeln werden die Grundwasserschichten rasch verbraucht. Die Konflikte über derartigen Ressourcenabbau werden in Zukunft vermutlich zunehmen. Jedenfalls stand der Agrarsektor seit jeher im Mittelpunkt des Interesses. Sein Anteil am Gesamtwasserverbrauch liegt bei 90 %, wobei die Effizienz der Wassernutzung mit teilweise nur 35 % extrem gering ist.

6. ÜBERBLICK ÜBER EG-ZUSAMMENARBEIT, KOORDINATION UND KOHÄRENZ IN VERGANGENHEIT UND GEGENWART

6.1 Beziehungen EU-Jemen

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Jemen sind durch die Rahmenvereinbarung über eine Zusammenarbeit in Handel, Entwicklung und Wirtschaft geregelt, die am 25. November 1997 getroffen und unterzeichnet wurde und am 1. Juli 1998 in Kraft trat. Die Zusammenarbeit zwischen der EG und Jemen begann erstmals im Jahr 1978. Die Beziehungen wurden im Jahr 1984 in einer Vereinbarung über Entwicklungszusammenarbeit zwischen der EG und Nordjemen auf eine formale Grundlage gestellt. Nach der Vereinigung der beiden Landesteile im Jahr 1990 wurde die Pflege der Beziehungen im Jahr 1995 auf das gesamte Land ausgedehnt. Die erweiterte Rahmenvereinbarung über eine Zusammenarbeit in Handel, Entwicklung und Wirtschaft wurde am 25. November 1997 getroffen und unterzeichnet und trat am 1. Juli 1998 in Kraft. Diese Vereinbarung bildet die Grundlage für eine langfristige vertragliche Verpflichtung zwischen der EG und Jemen.

6.2 Überblick über EG-Zusammenarbeit in Vergangenheit und Gegenwart

Seit dem Jahr 1978 hat die EG Jemen mehr als 220 Millionen Euro an Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellt und etwa 115 Projekte finanziert. Seit der Vereinigung wurden mehr als 180 Millionen € zugesagt, ein Großteil davon für Unterstützung im Bereich Ernährungssicherheit (74 Millionen €) und für Wirtschafts- und Entwicklungsprojekte (60 Millionen €). Dass etwa 80 % dieser Mittel in den letzten sechs Jahren bereitgestellt wurden, beweist deutlich die zunehmende Unterstützung der EG für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Jemens. In der letzten Rahmenvereinbarung über Zusammenarbeit, verankert in der Länderstrategie 2002-2006, wurden folgende vier Schwerpunktbereiche der EG-Zusammenarbeit mit Jemen ermittelt:

- Ernährungssicherheit entsprechend den EG-Politiken und der jemenitischen Ernährungssicherheitsstrategie;
- Armutsbekämpfung im Rahmen der jemenitischen Armutsbekämpfungsstrategie;
- Good governance, Demokratie und Wahrung der Menschenrechte;
- Erleichterung der Unternehmensentwicklung und Stärkung der Wirtschaftsorganisationen.

Das NRP 2005-2006 befindet sich auf einem erfolgreichen Kurs: In den Bereichen Fischerei und Menschenrechte wurden bereits Projekte genehmigt, im Jahr 2006 wird ein Projekt auf dem Gebiet der Fortpflanzungsgesundheit auf den Weg gebracht. Zusätzliche Mittel sind über die Ernährungssicherheits- und sonstige horizontale Programme (Entminung, EIDHR, NRO-Kofinanzierung) bereitgestellt worden. Humanitäre Hilfe wird auch im Rahmen des Amts für

Humanitäre Hilfe erbracht. Seit dem Jahr 2000 hat ECHO mehr als 9,7 Millionen € an Jemen zugewiesen. Die derzeit laufende Hilfe dient der Verbesserung der Lebensbedingungen der schwächsten, hauptsächlich in ländlichen Gebieten beheimateten Bevölkerungsgruppen durch Erneuerung der lokalen Gesundheitsdienste und der Wasserversorgung. In den Jahren 2005 und 2006 wurden zusätzliche Mittel zugeteilt.

6.3 Kohärenz

6.3.1 *Lehren aus der Vergangenheit*

Die möglichen Verbesserungen bei dem bilateralen Programm mit Jemen beziehen sich sowohl auf die Strategie als auch die Umsetzung. Auf der Strategieseite zielt das SP im Vergleich zu den früheren Programmen stärker auf Interventionen unter dem Gesichtspunkt der Good Governance ab. Dies erklärt sich aus der Tatsache, dass sich die politischen Rahmenbedingungen mit Beginn des politischen Dialogs und der Einbindung Jemens in die Strategische Partnerschaft weiterentwickelt haben; gleichzeitig gilt als einhellig anerkannt, dass besseres Regieren sich ganz entscheidend auf die Politik zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung auswirkt.

Die neue Strategie verfolgt ebenso wie die frühere einen gezielten Ansatz. Schwierigkeiten traten in der Vergangenheit sowohl bei der Umsetzung als auch bei der Auszahlung auf, und zwar aufgrund der großen Anzahl von Projekten, die auf den Weg gebracht wurden, der schwachen Absorptionskapazität Jemens sowie der Komplexität der EG-Verwaltung selbst. Nach dem Abschluss einer Reihe von Projekten, die von der Delegation beschlossen und von der jemenitischen Regierung abegesen worden waren, sowie nach der Dezentralisierung der finanziellen und operativen Projektverwaltung von Brüssel nach Amman hat sich die Lage verbessert. Eine weitere, möglicherweise 2006 stattfindende, Übertragung der Kompetenzen von Amman an die Delegation in Sanaa, in Verbindung mit einer verstärkten EG-Präsenz in der Delegation Sanaa, sollte die Umsetzung des Kooperationsprogramms weiter verbessern. Eine lediglich beim Ernährungssicherheitsprogramm durchgeführte Evaluierung hat spürbare Veränderungen gegenüber früheren Maßnahmen aufgezeigt. Die Auswahl der vorrangigen Interventionsbereiche erfolgte aufgrund der konkreten Bedürfnisse des Landes, der von der Regierung festgestellten Prioritäten sowie der Komplementarität zu Interventionen sonstiger Geber. Um ihnen Kontinuität und den entsprechenden Nachdruck zu verleihen, schließen einige Maßnahmen kohärent an frühere erfolgreiche Initiativen im Rahmen anderer NRP an.

6.3.2 *Einbindung sonstiger EG-Politiken*

Die sonstigen mit der Kooperationstätigkeit in Jemen verknüpften EG-Politiken werden im SP umfassend berücksichtigt. Besonderes Augenmerk wird auf einige Prioritäten der EG-Politik im Bereich Außenbeziehungen gerichtet, und zwar auf die Hauptinterventionsbereiche Regieren, Demokratie und Menschenrechte. Auch Sicherheit könnte - je nach den Umständen und Bedürfnissen - in enger Zusammenarbeit mit den EU-Mitgliedstaaten ein Thema sein. Berücksichtigung fanden auch Handelsthemen, die sich insbesondere in Maßnahmen zur Entwicklung der Privatwirtschaft niederschlagen sollten. Eine weitere wichtige Politik, auf die eingegangen wurde, ist die humanitäre Hilfe: Humanitäre Initiativen können noch parallel zum bilateralen Programm finanziert werden. Bestimmte Vorhaben werden jedoch auf Erfahrungen aus ECHO-finanzierten Projekten abstellen; besondere Aufmerksamkeit wird den Mechanismen zur Verknüpfung von Hilfe, Rehabilitation und Entwicklung (LRRD) zuteil werden, um sicherzustellen, dass einige humanitäre Maßnahmen aufgegriffen werden und ein Weg gefunden wird, diese in andere Programme einzubinden. Bei der Konzipierung der Programme zur Unterstützung der Ernährungssicherheit, der Landwirtschaft und der Fischerei wird sorgfältig auf Umweltanliegen unter besonderer Berücksichtigung der

Nachhaltigkeit einzugehen sein. Maßnahmen auf dem Fischereisektor werden Qualitätsaspekte und Fragen der Nachhaltigkeit behandeln und die wahllose Erhöhung der Fangraten in keiner Weise unterstützen.

6.4 Programme der EU-Mitgliedstaaten und sonstiger Geber

6.4.1 Harmonisierung und Angleichung

Die Gemeinschaft der im Jemen vertretenen Geber ist relativ klein. Nach Angaben der OECD beläuft sich die offizielle Entwicklungshilfe (ODA) im Jahr 2003 insgesamt auf 243 Millionen US\$, was einen Rückgang von 58 % gegenüber 2002 und um 47 % gegenüber 2002 bedeutet. Dieses Nachlassen der Finanzhilfe ist hauptsächlich auf die ungenügende Kapazität der jemenitischen Regierung zurückzuführen, wenn es um Auszahlung und Umsetzung des Programms geht.

So wurde ein neuer Anlauf zu mehr Harmonisierung und Angleichung genommen. Am 30. Januar 2005 unterzeichneten die Regierung und die wichtigsten Geber eine Erklärung zur Umsetzung der von der Gebergemeinschaft im Jahr 2003 in Rom getroffenen Zusagen. Daraufhin gingen die Mitgliedstaaten und die Kommission dazu über, einen EU-Fahrplan für die Harmonisierung auszuarbeiten. Auch im Ministerium für Planung und Internationale Zusammenarbeit wurde Ende März 2005 eine Stabsstelle für Harmonisierung und Angleichung der Hilfen eingerichtet. So wird die Angleichung an Maßnahmen der EU-Mitgliedstaaten und sonstiger Geber sichergestellt. Insbesondere wird auf den Abgleich mit der OECD/DAC-Initiative „Good International Engagement in Fragile States“ (im März 2005 in Paris vereinbart) geachtet werden, in deren Rahmen Jemen versuchsweise, gemeinsam mit DFID und UNDP und unterstützt von der Gebergemeinschaft in Sanaa, maßgebliche Grundsätze für wirksame Hilfe umsetzen wird.

Die Interventionen der EG ergänzen Maßnahmen anderer Geber, allen voran jener der EU-Mitgliedstaaten; daher wird das Mehrjahresrichtprogramm nicht wichtige Sektoren betreffen wie etwa Bildung und Wasserversorgung, in denen sich andere Geber (Weltbank, Niederlande, Deutschland) bereits in hohem Maße engagieren, da der EG-Mehrwert angesichts der verfügbaren Mittel äußerst begrenzt sein wird. Die Kommission wird ganz im Gegenteil auf Bereiche abstellen – etwa Landwirtschaft/Nahrungsmittelverarbeitung, Fischerei, Fortpflanzungsgesundheit und Justiz – in denen nur wenige Geber vertreten sind.

6.4.2 EU-Mitgliedstaaten

Deutschland und die **Niederlande** waren stets die wichtigsten Geber der EU. Mit 33 Millionen EUR ist Deutschland der drittgrößte Geber in Jemen, gefolgt von den Niederlanden mit 28,4 Millionen EUR. Diese beiden Länder konzentrieren ihr Eingreifen in entscheidenden Sektoren wie Wasser, Gesundheit, Bildung und auf Unterstützung für Wirtschaftsreformen und Regieren; die Niederlande sind auch im Justizwesen und in der öffentlichen Finanzverwaltung aktiv. Das **Vereinigte Königreich** hat die finanzielle Unterstützung für Jemen von ca. 3 Millionen EUR im Jahr 2003/4 auf etwa 18 Millionen EUR im Jahr 2005/2006 aufgestockt; die Tätigkeit betrifft ebenso die Bereiche Grundausbildung, Müttergesundheit, Unterstützung für den Sozialfonds für Entwicklung, öffentliche Finanzverwaltung und Korruptionsbekämpfung. **Frankreich** konzentriert sich neben seiner führenden Rolle im europäischen Projekt zur Ausbildung von Polizeikräften auf die Entwicklung des ländlichen Raums, auf Zivilgesellschaft, Kulturerbe, Jugendintegration und Regieren (Sicherheit, Dezentralisierung, Justiz- und Finanzverwaltung). **Italien** hat seine Zusammenarbeit mit Jemen in den letzten Jahren verstärkt. Das Projektportefeuille enthält Maßnahmen zur Unterstützung in den Bereichen Basis-Gesundheitsversorgung, Umwelt,

Wahlen, Entminung, Dezentralisierung, Flüchtlinge, Sicherheit der Schifffahrt (Küstenwache), Nahrungsmittelhilfe und Kulturerbe. **Dänemark** startete vor kurzem seine Zusammenarbeit in den Bereichen Demokratisierung, Dezentralisierung, Menschenrechte, Frauen-Empowerment und Medien. Die **Tschechische Republik** hat Jemen 2004 als eines von acht Prioritätsländern für langfristige Entwicklungszusammenarbeit identifiziert. Die Projekte konzentrieren sich auf zwei Sektoren, Strom und Wasser-Management. Zudem erhalten jährlich fünf jemenitische Studenten Stipendien, um an tschechischen Universitäten zu studieren.

6.4.3 Sonstige Geber

Nach siebenjähriger Pause eröffnete **USAID** erneut sein Büro im Jahr 2003. Im April 2003 wurde eine neue Strategie für den Zeitraum 2003-2006 veröffentlicht, die sich ausschließlich auf „die fünf abgelegenen, von hoher Armut betroffenen Provinzen mit dem höchsten Risiko politischer, sozialer und wirtschaftlicher Instabilität“ konzentrierte. Zu den Entwicklungszielen gehören Fortpflanzungs-, Mütter- und Kindergesundheit, Grundschulbildung, Einkommenschancen und Ernährungssicherheit, Demokratie und Regieren. Die gesamte Hilfe hat sich zwischen den Jahren 2004 (11,4 Millionen \$) und 2006 – mit geplanten 30 Millionen EUR - mehr als verdoppelt. Derzeit ist ein Zweijahrespaket über einen Betrag in Höhe von 10-15 Millionen US\$ im Gespräch, das auf die Überarbeitung der Grundbesitzgesetzgebung, die Stärkung des Justizsystems und die Bekämpfung der Korruption abzielt. Aufgrund seiner schlechten Staatsführung wurde Jemen mittlerweile vom US-Programm Millennium Challenge Account („Konto für die Herausforderung des Jahrhunderts“) suspendiert.

Die Weltbank ist mit den im Rahmen der Länderstrategie (Country Assistance Strategy, CAS) 2003-2005 vergebenen 420 Millionen \$ der wichtigste Geber in Jemen. Dieser Betrag könnte für den Folgezeitraum wegen der schlechten Resultate der jemenitischen Regierung in Bezug auf Effizienz und Korruptionsbekämpfung auf 280 Millionen \$ gekürzt werden. Die Schwerpunkte der CAS sind: 1) Verbesserung der Staatsführung durch bessere politische Konzepte, Kapazitätenaufbau für Dezentralisierung und für bessere Dienstleistungen; 2) Verbesserung des Investitionsklimas, wodurch aufgrund besserer Regelwerke, nachvollziehbarer Anwendung von Gesetzen und angemessener Infrastrukturunterstützung Arbeitsmöglichkeiten entstehen können; 3) Verbesserung der Humanressourcen durch Unterstützung für Grundschul-, Fach- und Berufsausbildung und für den Zugang zum Gesundheitssystem; 4) Sicherstellung einer tragfähigen Umwelt durch Politiken und Investitionen in die Nachhaltigkeit der Wasserressourcen, in den Schutz von Einzugsgebieten, in Bodenschutz sowie in die Nachhaltigkeit der Fischbestände.

Das **UNDP** ist ein weiteres wichtiges Entwicklungsprogramm zur Unterstützung für verantwortungsvolles Regieren (Menschenrechte, Justiz und Wahlen). Durch direkte Hilfe für Initiativen auf Gemeindebasis und für Klein- und Kleinstbetriebe, für Minensuche und Umweltschutz wirkt auch das UNDP im Bereich der Unterstützung für die Armutsbekämpfung. Ebenso in Jemen vertreten ist die **UNICEF**. Ihre Haupttätigkeit besteht in der Unterstützung der jemenitischen Regierung bei der Umsetzung der Strategie zur Entwicklung der Grundschulbildung. UNICEF ist auch aktiv tätig in den Bereichen Gesundheit und Wasser/Hygiene, mit Programmen, die insbesondere auf benachteiligte Gruppen wie Frauen und Kinder abzielen.

Japan ist in Jemen ein besonders aktiver Geber. Die Schwerpunkte liegen auf der Daseinsvorsorge: Wasser, Gesundheit und Bildung sowie Landwirtschaft und Umwelt. Dieses Land zeigt Interesse an einer Zusammenarbeit auf dem neuen Gebiet Governance (Demokratisierung und Menschenrechte) sowie beim Querschnittsthema Gender. Weitere wichtige Geber im Jemen sind verschiedene **arabische Finanzinstitutionen**, die einen

Beitrag in Form von Darlehen leisten; ihre primären Interventionsbereiche sind Infrastruktur, Unternehmensentwicklung und soziale Dienstleistungen. Die wichtigsten institutionellen Geber sind insbesondere der **Saudi Fund for Development** (16,4 Mio. EUR gebunden für den Sozialfonds für Entwicklung), die **Islamic Development Bank** (72,1 Millionen US\$ zwischen 2001 und 2005), der **OPEC Fund** - mit Krediten in Gesamthöhe von 191,67 Millionen US\$ (181 Millionen an die öffentliche Hand und 10,65 Millionen \$ für Privatwirtschaft und Unternehmen) - sowie der **Arab Fund**, der von 1998 bis 2004 Kredite in Höhe von 640 Millionen Dollar gewährte.

7. DIE ANTWORTSTRATEGIE DER EG

7.1 Begründung

Die Armut bleibt das vorrangige Problem Jemens. Hauptverantwortlich dafür ist das massive Bevölkerungswachstum, das mit trostlosen wirtschaftlichen Aussichten einhergeht. In den vorhergehenden Abschnitten wird beschrieben, dass die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen insgesamt nicht ermutigend sind. Das düstere Bild der Wirtschaft ist geprägt durch sinkendes BIP-Wachstum (unterhalb der Bevölkerungswachstumsrate), ein zunehmendes Fiskaldefizit (ohne Öl), hohe Inflation und Rückgänge bei der Ölförderung, in Verbindung mit anhaltend schwacher Steuerung von Staat und Wirtschaft. An der sozialen Front zeigt sich ein ebenso problematisches Bild: beschränkter Zugang zur Grundversorgung, 41 % der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, stark ausgeprägter Analphabetismus, hohe Arbeitslosigkeit, signifikantes Ungleichgewicht der Geschlechter, ein Gefälle bei einer Reihe von Entwicklungskennzahlen sowie die versiegenden, nicht erneuerbare Wasserressourcen.

Etwa 50 % der jemenitischen Bevölkerung ist unter 15 Jahre alt. Ein Bevölkerungswachstum von 3,2 % wird die Einwohnerzahl in etwa 20 Jahren auf annähernd 40 Millionen erhöhen. Angesichts dieser Zahlen werden alle Anstrengungen Jemens umsonst sein und die Instabilität weiter anheizen, sollte es nicht gelingen, den wirtschaftlichen und sozialen Druck des massiven Bevölkerungswachstums spürbar zu verringern. Ebenso wichtig ist die Einkommenssicherung der heutigen Bevölkerung in den kommenden Jahren durch Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten im Privatsektor. Die Entwicklung der Privatwirtschaft erfordert jedoch Investitionen in die jemenitische Wirtschaft, die wiederum vom Vertrauen inländischer wie auch ausländischer Investoren in die wirtschaftliche und politische Lage Jemens abhängen. Diese Investitionen sind nur über Sicherheit, Stabilität und Rechtssicherheit zu erreichen – Rahmenbedingungen, die die jemenitische Regierung im Moment nicht zu garantieren vermag.

Diese Zielvorgaben und die Stabilisierung des Landes erfordern verantwortungsvolle Regierungsführung, insbesondere in den Bereichen Demokratie, Wahrung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in Verwaltung und Justiz, einschließlich Korruptionsbekämpfung. Good Governance ist die einzige Möglichkeit, um ein freundliches Investitionsklima zu schaffen, eine bessere Verwaltung der Finanzmittel zu gewährleisten, die wirksame Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen sicherzustellen und so die Unterstützung der Bevölkerung für die Regierungspolitik zu erhalten.

Die jemenitische Regierung ist bei der Umsetzung der notwendigen Reformen auf Schwierigkeiten gestoßen, hervorgerufen durch politische Sachzwänge und mangelnde Durchführungskapazität. Den internationalen Gebern könnte daher eine wichtige Rolle zukommen, indem sie die Regierung bei dieser schwierigen Aufgabe politisch und fachlich unterstützen. Unterstützung für die Regierungsführung ist somit ein zentraler Bestandteil jeder Strategie zur Verringerung der Armut und zur Förderung der sozialen und wirtschaftlichen

Entwicklung im Land. Sie würde die jemenitische Regierung letztlich dazu veranlassen, die Reformen rascher voranzutreiben.

7.2 Strategische Ziele und vorrangige Bereiche der Zusammenarbeit EG-Jemen

Vor diesem Hintergrund wird die Strategie der Europäischen Kommission auf Maßnahmen zur Stabilisierung des Landes und zur Armutsbekämpfung ausgerichtet sein. Dies entspricht sowohl den Zielen der Strategischen Partnerschaft der EU mit dem Mittelmeerraum sowie dem Nahen und Mittleren Osten als auch der politischen Reformagenda der jemenitischen Regierung selbst. In enger Verbindung mit den sonstigen Gebern sollte daher die verstärkte Unterstützung für Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit sowie wirtschaftliche und menschliche Entwicklung der Weg sein, um zu diesem Ziel zu gelangen.

Der wichtigste Bezugsrahmen für die Antwortstrategie der Kommission ist der Entwicklungsplan der Regierung zur Armutsbekämpfung 2006-2010 sowie die vor kurzem verabschiedete Reformagenda „Good Governance“ 2006-2007. Wie bereits betont, sind die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekte dabei aufgrund der Auswirkungen des Regierens auf das allgemeine Ziel der Armutsbekämpfung und auf die sozioökonomische Entwicklung des Landes eng miteinander verknüpft. Dieser Behauptung sowie den jemenitischen Strategiepapieren folgend, zielt die Kooperationsstrategie der EG darauf ab, die politischen und sozioökonomischen Fortschritte der Regierung mithilfe eines integrierten Ansatzes zu unterstützen, der aus Interventionen für verantwortungsvolles Regieren sowie für höheres Wirtschaftswachstum und raschere menschliche Entwicklung besteht. Die humanitäre Hilfe der Kommission ermöglicht die Verknüpfung von Rehabilitation, Wiederaufbau und Entwicklung; diese Chancen zu ergreifen wird ein gangbarer Weg sein, diese Strategie auf der lokalen Ebene zu unterstützen.

Die Schwerpunkte der Strategie betreffen zwei Hauptzielsetzungen – Förderung von Good Governance und Armutsbekämpfung – und werden durch Interventionen auf nur wenigen Schienen umgesetzt. Somit wird die Kooperationsstrategie für 2007-2013 folgende Struktur aufweisen:

a) Ziel 1: Unterstützung der jemenitischen Regierung zur Förderung von Good Governance durch:

1. Förderung der Demokratie durch Unterstützung der demokratischen Einrichtungen
2. Förderung von Menschenrechten und Zivilgesellschaft
3. Hilfe für Reformen in Justiz und Zivilverwaltung sowie hinsichtlich Dezentralisierung

b) Ziel 2: In Einklang mit den ersten Millenniums-Entwicklungszielen Stärkung der Kapazitäten der jemenitischen Regierung zur Bekämpfung der Armut durch:

1. Förderung der privatwirtschaftlichen Entwicklung durch Unterstützung der nachhaltigen Entwicklung von Landwirtschaft und Fischerei sowie Unterstützung der Reformen zur Verbesserung des Regulierungsrahmens für Investitionen, Wirtschaft und Handel.
2. Leistung eines Beitrags zur Entwicklung des Humankapitals durch Unterstützung der Gesundheitspolitik im Bereich Fortpflanzung und Stärkung der Daseinsvorsorge.

Die konkreten Interventionen sind deutlicher aus dem Mehrjahresrichtprogramm (MRP) für den Zeitraum 2007 – 2010 ersichtlich. Das MRP informiert detaillierter über Inhalt, Ziele und erwartete Ergebnisse jeder Maßnahme. Die Kommission verfolgt dabei einen doppelten Ansatz: kostenwirksame Erbringung der grundlegenden sozialen und wirtschaftlichen Leistungen mittels spezifischer Instrumente sowie Institutionen- und Kapazitätenaufbau in Verbindung mit der Reformagenda der jemenitischen Regierung. Strategie und Programm der Kommission konzentrieren sich komplementär zu den Interventionen der sonstigen Geber auf jene Bereiche, in denen aufgrund gewonnener Erfahrungen ein komparativer Vorteil geboten werden kann. Die EG erwartet von ihrer Intervention insbesondere Auswirkungen auf die Kapazität der Regierung und eine Verbesserung der Mechanismen zur Erhöhung der Verantwortlichkeit auf allen Ebenen.

7.3 Prioritätenanalyse

7.3.1 Förderung von Good Governance

Entsprechend den Zielsetzungen der jemenitischen Strategie sowie den Plänen anderer Geber ist verbessertes Regieren das erste strategische Ziel. Die Initiative im Rahmen dieses Ziels behandelt spezifische Aspekte der Strategischen Partnerschaft der EU mit dem Mittelmeerraum sowie dem Nahen und Mittleren Osten, wie etwa die Unterstützung für den Demokratisierungsprozess, für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sowie für politische und wirtschaftliche Reformen.

Förderung der Demokratie. Die Interventionen der Kommission beziehen sich auf die Unterstützung des Demokratisierungsprozesses durch Ad-hoc-Hilfe für kurzfristige Aktivitäten, die mit dem Wahlkalender in Zusammenhang stehen. Früheren Programmen konsequent folgend, sollte die Kommission weiterhin Wahlen unterstützen, um die Demokratisierung weiterhin in ihren verschiedenen Prozessstadien zu begleiten. Die nächsten Parlamentswahlen finden 2009 statt, die nächsten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2013.

Wenngleich es für die Demokratie in Jemen lebenswichtig ist, das Wahlsystem zu unterstützen, geht der Demokratisierungsprozess über diesen Punkt hinaus. Eine entscheidende Rolle als gesetzgebende und vermittelnde Kraft zwischen Bürgern und Regierungsinstitutionen kommt dem Parlament und den politischen Parteien zu, die die Tätigkeit der Regierung einer Kontrolle unterziehen. Angesichts der jahrelangen Schwierigkeiten des Parlaments bei der Bildung eines Gegengewichts zur Macht der Regierung ist es angebracht, die Interventionen der Kommission auf Parlamentsmitglieder und politische Gruppen zu richten.

Besondere Aufmerksamkeit gilt dem Medienbereich; in Abstimmung mit sonstigen Aktivitäten von Gebern (insbesondere Dänemarks) ist an Maßnahmen zum Aufbau unabhängiger Medien gedacht; mit den nächsten Parlamentswahlen könnte eine Maßnahme zur Regulierung der Medientätigkeit und zur Stärkung ihrer Rolle als Garant von Pluralismus in einer so sensiblen Phase wie der derzeitigen einhergehen.

Förderung der Menschenrechte. Die Kommission wird auch die laufende Unterstützung für das Ministerium für Menschenrechte fortführen und den Umfang der Hilfe auf das gesamte Spektrum der Zivilgesellschaft ausweiten. Das Thema Menschenrecht wird in allen einschlägigen Bereichen Einzug halten und auf Justiz, Polizei, Sicherheit und Gefängnisse angewendet werden. Auf Menschenrechtsschutz wird vor allem bei benachteiligten Gruppen, insbesondere in Bezug auf Frauen, geachtet werden. Die EG wird nach Möglichkeiten zur Unterstützung der Zivilgesellschaft suchen und dabei spezielle Bereiche herausgreifen, wie

etwa Kapazitätenaufbau, die Schaffung von Schnittstellen zu Regierungseinrichtungen, interne Organisation sowie Dienstleistungskapazitäten für lokale Kommunen. Frauen sollten zu besonderen Zielgruppen der Begünstigung werden und zur Mitwirkung an Organisationen der Zivilgesellschaft ermutigt werden.

Unterstützung der jemenitischen Regierungsreform. Die Bemühungen der Kommission werden zunehmend darauf gerichtet sein, das Thema Good Governance in sämtlichen Bereichen einzuführen, die von entscheidender Bedeutung für die Verbesserung der grundlegenden Dienste für die Bevölkerung sind. Die Hilfe zielt insbesondere auf die Justizreform und auf die Reform des öffentlichen Dienstes ab.

Dem Justizwesen kommt im gesamten institutionellen Umfeld eine prägende Rolle zu. Rechtsstaatlichkeit ist die Grundlage einer funktionierenden Demokratie: Ohne wirksame Rechtsdurchsetzung ist Demokratie nicht möglich. Die Arbeit der jemenitischen Justizeinrichtungen wird extrem durch Korruption und Ineffizienz behindert. Die EG wird die Justizreform der jemenitischen Regierung in Fortführung des laufenden UNDP-Programms unterstützen und die Maßnahmen sowohl geografisch als auch thematisch erweitern. Besonderes Augenmerk wird den Handelsgerichten gelten; ausländische Investitionen sollen durch verstärkten Ausbau und verbesserte Anwendung des Regulierungsrahmens leichter gemacht werden. Ein weiterer Schwerpunkt werden die Strafgerichte in Bezug auf den Menschenrechtsschutz sein.

Aufgrund der aufgeblähten, teuren und ineffizienten öffentlichen Verwaltung wendet sich eine Kerninitiative an die Reform des öffentlichen Dienstes. Die Kommission unterstützt diese Reform bereits jetzt durch ein Projekt, das konkrete Bereiche wie öffentliche Gesundheit, soziale Wohlfahrt und Flugsicherheit im Visier hat. Die Weltbank ist ebenso an der Unterstützung dieser Reform beteiligt. Die EG sollte die Bemühungen Jemens um die Stärkung der institutionellen und administrativen Kapazitäten der Regierung und um den Aufbau einer professionellen, effizienten und parteilosen öffentlichen Verwaltung weiterhin unterstützen. In Zukunft sollte die Hilfe auf politischer Ebene ansetzen und versuchen, Humanressourcen und Finanzmittel noch effizienter zu nutzen; dabei sollte auf jene öffentlichen Vorsorgeleistungen geachtet werden, die besser auf lokaler denn auf nationaler Ebene zu erbringen wären. Die Dezentralisierung bestimmter Maßnahmen könnte ins Auge gefasst werden, wenn sich daraus Effizienzsteigerungen für die Reform ableiten lassen.

In Zusammenhang mit der Unterstützung der Kommission für Good Governance stellt die Sicherheit einen entscheidenden Faktor für die Erreichung größerer Stabilität im Land dar. Good Governance im Bereich Sicherheit und die Stärkung der Humanressourcen und der institutionellen Kapazitäten müssen in einem fragilen Staat wie Jemen angesichts der vorhandenen Schwachstellen schlüssig mit der gesamten demokratischen Konsolidierung übereinstimmen. In der Frage der Verbesserung des Bereichs Sicherheit mag das Thema Governance angesichts der sonstigen Herausforderungen zweit- oder drittrangig erscheinen. Da schlechtes Regieren im Bereich Sicherheit aber bereits zu einer Verschlechterung des wirtschaftlichen und politischen Regierens in Jemen beigetragen hat – und zwar in nicht geringem Maße –, lässt sich eine generelle Verbesserung der Regierungsführung in ihrer Gesamtheit nicht bewerkstelligen, ohne auf den Sicherheitsbereich zu achten. Dieser Ansatz fügt sich auch schlüssig in die beabsichtigten Maßnahmen im Bereich Justiz und Menschenrechte ein.

Förderung im Bereich Sicherheit: Institutionenaufbau (Ausbildung von Polizeikräften und Küstenwache). Im Rahmen der EG-Unterstützung für Good Governance stellt die Sicherheit einen entscheidenden Faktor zur Erreichung größerer Stabilität im Land dar. Good Governance im Bereich Sicherheit sowie Stärkung der Humanressourcen und der

institutionellen Kapazitäten müssen in einem fragilen Staat wie Jemen angesichts der vorhandenen Schwachstellen schlüssig mit der gesamten demokratischen Konsolidierung übereinstimmen. Da schlechtes Regieren im Bereich Sicherheit aber bereits zu einer Verschlechterung des wirtschaftlichen und politischen Regierens in Jemen beigetragen hat – und zwar in nicht geringem Maße -, muss Notgedrungen auf den Sicherheitsbereich geachtet werden. Dieser Ansatz fügt sich auch schlüssig in die beabsichtigten Maßnahmen im Bereich Justiz und Menschenrechte ein.

Es ist generell wesentlich, sowohl die Bemühungen der Zivilgesellschaft als auch jene der Regierung in folgenden Bereichen zu unterstützen: bei der Bekämpfung des Handels mit und der Weiterverbreitung von illegalen Klein- und Leichtwaffen, im Umgang mit Kontaminierung durch explosive Kampfmittelrückstände und Antipersonen-Landminen sowie im Kampf gegen Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme; und schließlich auch die Bemühungen um die Erfüllung internationaler Verpflichtungen im Kampf gegen den Terrorismus (Umsetzung einschlägiger Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates und internationaler Übereinkommen).

Auf diesen spezifischen Bereich wurde bereits im NRP 2005-2006 Bezug genommen, doch die knappe Verfügbarkeit von Mitteln verhinderte gezielte Interventionen. Seit dem Jahr 2001 unternimmt die jemenitische Regierung auch mit Unterstützung einiger Mitgliedstaaten Anstrengungen gegen den Terrorismus. Sicherheit und Terrorismusbekämpfung standen bei den beiden Dialogtreffen zwischen der EU und Jemen auf der Tagesordnung. Jemen wurde auch als eines der möglichen Pilotländer für EG-Hilfe im Rahmen des EU-Soforthilfemechanismus (Rapid Reaction Mechanism, RRM) benannt. Dies stellte einen Versuch dar, die UNO-Resolution 1373 (2001) zur Bekämpfung von Terrorismus umzusetzen, der jedoch in keine Initiative zur Durchführung im Rahmen dieses Instruments mündete. Da Jemen über eine 2200 km lange Meeresküste und etwa 2000 km durchlässiger Grenzen zu Land verfügt, die mit den geringen Kapazitäten der jemenitischen Regierung äußerst schwierig zu kontrollieren sind, hat die Grenzkontrolle unter den verschiedenen Sicherheitsfragen erste Priorität. Handel und Schmuggel mit Menschen (Flüchtlinge, Terroristen, Kinder...), Waffen, Waren und Geld über die Grenze zu Saudi-Arabien und über das Meer zu Somalia nehmen immer weiter zu und öffnen Terrorismus und Instabilität in Jemen Tür und Tor. Die EG könnte Überlegungen anstellen, ob Interventionen im Rahmen des vorliegenden SP wann immer erforderlich geplant werden können – nicht zuletzt wegen des starken Interesses der jemenitischen Regierung an Hilfe in diesem Bereich. Der Ausbildung von Polizei und Küstenwache wird derzeit im Rahmen der Grenzkontrolle besondere Aufmerksamkeit geschenkt und könnte zur Priorität einer möglichen EG-EU-Initiative werden. Ein solcher Weg würde auch von der Mehrheit der in Jemen vertretenen Mitgliedstaaten begrüßt werden, und jede Maßnahme sollte in enger Zusammenarbeit mit den bereits im Sicherheitsbereich engagierten EU-Mitgliedstaaten getroffen werden.

7.3.2 *Armutsbekämpfung*

Die Verringerung der Armut stellt in Einklang mit den Millenniums-Entwicklungszielen und der Strategie der jemenitischen Regierung das zweite strategische Ziel der EG in Jemen dar. Dieses Ziel wird auf zwei Interventionsebenen verfolgt: Entwicklung des Privatsektors und menschliche Entwicklung. Die Interventionen werden einem integrierten Ansatz folgen und durch Maßnahmen im Bereich Ernährungssicherheit ergänzt werden, wobei spezifische Aspekte von Armut sowie sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung kohärent mit früheren EG-Programmen in ausgewählten ländlichen Gebieten angesprochen werden.

Entwicklung des Privatsektors. Mit der Erschöpfung der Ölvorkommen ist Jemen zur Ankurbelung der Wirtschaft und insbesondere zur Förderung des Nichtölsektors gezwungen, um eine Trendumkehr herbeizuführen. Daher wird die Kooperationsstrategie darauf abzielen, nachhaltige Entwicklung in den anderen Sektoren zu fördern, die gutes Wachstumspotenzial aufweisen und Außenhandelstätigkeit und Arbeitsplätze versprechen. Dazu zählen Landwirtschaft, Fischerei, Tourismus und die Entwicklung von Freihandelszonen. Die Intervention der Kommission wird sich auf Landwirtschaft und Fischerei konzentrieren. Die Unterstützung in diesen beiden Sektoren sollte auch handelsfördernde Aspekte umfassen, insbesondere Qualitätskontrolle und die Einführung von Standards in Hygiene und Pflanzenhygiene als entscheidende Faktoren für den Zugang von Produkten zum Weltmarkt und zur Ausschöpfung des Handelspotenzials. Investitionen in den privaten Sektor hängen von Verbesserungen des unternehmerischen Umfelds und des Regulierungsrahmens ab.

Der landwirtschaftliche Sektor bleibt ein wichtiger Pfeiler der jemenitischen Wirtschaft. Seine Bedeutung rührt von der Tatsache her, dass 53 % der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt sind und dieser Sektor die Existenzgrundlage für mehr als zwei Drittel der Bevölkerung schafft. Wie bereits in der Diagnostischen Studie zur Handelsintegration vom Jahr 2003 festgestellt wurde, besitzt die Landwirtschaft Potenzial sowohl für den Inlandsverbrauch als auch für den Ausfuhrmarkt. Die Marktchancen könnten sich gleichermaßen in den Golfländern wie auch in der EU erhöhen, sollte es Jemen gelingen, stabilen Nachschub und höhere Qualitätsstandards zu garantieren. Die Entwicklung des Agrarsektors sollte mit dem Aufbau der Nahrungsmittelindustrie verknüpft werden, um somit Wachstum und Arbeitsplatzschaffung noch weiter zu potenzieren. Besonderes Augenmerk ist auf effizientere Produktion unter Zuhilfenahme von Bewässerungsanlagen zu richten. Die Auswirkungen der Landwirtschaft auf die Umwelt werden sorgfältig untersucht werden. Jene Wasserressourcen, die wassersparende Bewässerungssysteme und umweltfreundliche Agrarerzeugung unterstützen, werden eingehend unter die Lupe genommen werden.

Die Kommission engagiert sich mit der Förderung der nachhaltigen Ressourcenbewirtschaftung bereits jetzt im Fischereisektor. An bestehende Maßnahmen anschließend, und angesichts des Potenzials dieses Sektors - nicht nur in Bezug auf Wachstum und Handel, sondern auch als wichtige Existenzgrundlage und als Faktor der Ernährungssicherheit - wird die Kommission diese Hilfe verlängern und dabei das Gewicht auf Qualitätskontrolle, Marketing und Export erleichterungen legen.

Ernährungssicherheit. Das Ernährungssicherheitsprogramm hat bisher wesentlich zur Linderung der Armut in Jemen beigetragen, insbesondere durch die Bereitstellung grundlegender Dienste zur Erleichterung des Marktzugangs für Lebensmittelerzeugnisse und durch die Entwicklung kleinerer Infrastrukturbauten (Straßen, Dämme, Wasserleitungssysteme). Die EG hat zwischen 1996 und 2006 jährlich Haushaltszuweisungen für die Ernährungssicherheit bereitgestellt. Für den Zweijahreszeitraum 2005-2006 wurde eine Zuweisung von 12 Millionen EUR (6+6) bereitgestellt. Insgesamt wurden eine Reihe von Programmen zur Entwicklung des ländlichen Raums, ein Agrarzensus, ein Marktinformationssystem, institutioneller Kapazitätenaufbau sowie technische Hilfe finanziert. Um die Ernährungssicherheit in Jemen zu gewährleisten, bedarf es jedoch weiterer Unterstützung, insbesondere für den ländlichen Raum. Dies setzt spezifische Aktionen zur Produktivitätssteigerung (durch privatwirtschaftliche Förderung) und zur besseren Lebensmittelverfügbarkeit, Maßnahmen zur Verbesserung des Nahrungsmittelzugangs durch Ausbau der Basisinfrastruktur (auf dem Land) und gezielte Sozialfürsorgeprogramme voraus. Diese Aktivitäten könnten im Rahmen etwaiger Initiativen des Sozialfonds für Entwicklung zum Aufbau der Kommunen aufgegriffen werden. Beide dieser Maßnahmen werden weiterhin

in Kohärenz mit anderen Aktivitäten der Entwicklungszusammenarbeit, einschließlich der thematischen Haushaltslinien, im Rahmen der EG-Unterstützung für die Befähigung der jemenitischen Regierung zum Kampf gegen die Armut berücksichtigt.

Entwicklung des Humankapitals. Wie die Landesanalyse zeigt, sind die Kennzahlen der menschlichen Entwicklung in Jemen ganz besonders alarmierend. Auch die Regierung hat erkannt, dass die ernsthafte Beschäftigung mit dem Problem des Bevölkerungswachstums zweifellos als Priorität anzusehen ist. Angesichts der bestimmenden Armutsfaktoren in Jemen sollten alle Anstrengungen noch verstärkt werden, um die Daseinsvorsorge sicherzustellen und die Qualifizierung der Arbeitskräfte voranzutreiben. Die EG-Strategie berücksichtigt den auf Basis der Millenniums-Entwicklungsziele formulierten jemenitischen Entwicklungsplan zur Armutsbekämpfung und konzentriert sich auf zwei konkrete Bereiche: menschliche Entwicklung und Fortpflanzungsgesundheit. Die Verknüpfung der humanitären Hilfe der EG in den Bereichen Gesundheit und Wasser mit anderen Entwicklungsinstrumenten sollte Teil einer tragfähigen Antwort auf den Bedarf an diesen Leistungen sein.

Der Sozialfonds für Entwicklung (SFD) widmet sich seit 1997 der Versorgung der Bevölkerung in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Wasser und Straßen. Wirkungsanalysen haben die Effizienz dieses Instruments unter Beweis gestellt; sein partizipatorischer Ansatz, der imstande ist, die echten Bedürfnisse der ärmsten Bevölkerungsschicht genau einzuschätzen, hat sich als äußerst effektiv und tragfähig erwiesen. Die Kommission trug bereits früher zum SFD bei und beabsichtigt die Unterstützung dieses Instruments nun weiterzuführen. Das Ziel ist dabei die Förderung der menschlichen Entwicklung, die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung sowie die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten in den Kommunen. Im Rahmen des EG-Beitrags zu diesem Programm gilt besondere Aufmerksamkeit Genderfragen, deren Behandlung den Zugang von Frauen zu Dienstleistungen und ihre gesellschaftliche Teilhabe auf Kommunalebene fördern kann. Das Bevölkerungswachstum, eine große Herausforderung für Jemen in den kommenden Jahren, stellt einen Schwerpunkt der Interventionen der Kommission dar.

Die EG hat bereits verschiedene Programme und Projekte in Zusammenhang mit Fortpflanzungsgesundheit finanziert; 2006 wird ein neues Projekt auf den Weg gebracht, das die Nutzung der diesbezüglichen Versorgungsleistungen durch die jemenitische Bevölkerung verbessern soll. Die Definition der Nationalen Bevölkerungspolitik im Jahr 2004 ermöglicht jedoch die Verfolgung eines umfassenderen landesweiten Ansatzes in Bezug auf das Bevölkerungswachstum und die Fortpflanzungsgesundheit und hat sich zum Ziel gesetzt, zur Verlangsamung des Bevölkerungswachstums beizutragen.

8. ANNEXES

8.1 Annex 1: Country at a glance

Republic of Yemen @ a glance

HUMAN DEVELOPMENTⁱ	Yemen		LDC	Arab States
	2002	2003	2003	2003
Human development index value (max.: 1) ¹³	0.482	0.489	0.518	0.679
Human development index rank (of 177)	149	151	-	-
GNI per capita ¹⁴ (Atlas method, US\$)	490	520	-	-
POVERTYⁱⁱ	1998	2003	2003	2003
Human poverty index value ¹⁵ (%)	49.4	40.3	-	-
Human poverty index rank	76 th / 85	77 th / 107	-	-
Poverty (% of population below poverty line)	41.8	40.1	-	-
Rural poverty (% of rural pop. below poverty line)	46	45.7	-	-
Urban poverty (% of urban pop. below pov. line)	30.8	21.1	-	-
Annual labour force growth rate (%)	-	3.7	-	-
DEMOGRAPHIC TRENDS	1975	2003	2003	2003
Total population (millions)	7.0	19.7	-	-
Annual population growth rate (%)	3.7	3.1	2.3	2.0
Urban population (% of total population)	14.8	25.7	26.7	54.7
Population under age 15 (% of total population)	-	47.1	42.2	36.3
Total fertility rate (births per woman)	8.5	6.2	5.0	3.7
HEALTH STATUS	1970-75	2000-03	2003	2003
Life expectancy at birth (years)	39.9	60.3	52.2	66.9
Infant mortality rate (per 1000 live births)	202	82	99	48
Under-five mortality rate (per 1000 live births)	303	113	156	61

¹³ HDI: A composite index measuring average achievement in three basic dimensions of human development — a long and healthy life, knowledge and a decent standard of living.

¹⁴ GNI: The sum of value added by all resident producers in the economy plus any product taxes (less subsidies) not included in the valuation of output, plus net receipts of primary income (compensation of employees and property income) from abroad. Value added is the net output of an industry after adding up all outputs and subtracting intermediate inputs. Data are in current US dollars converted using the World Bank Atlas method.

¹⁵ HPI-1 (for developing countries): A composite index measuring deprivations in the three basic dimensions captured in the human development index — a long and healthy life, knowledge and a decent standard of living.

Maternal mortality ratio ¹⁶ (<i>per 100 000 live births</i>)	-	570	-	-
Population undernourished (<i>% of total</i>)	-	36	33	9
Children underweight for age (<i>% of under 5s</i>)	-	46	-	-
WATER AND SANITATION	1990	2003	2003	2003
Access to an improved water resource (%)	69	69	61	84
Access to sanitation (%)	21	30	35	66
EDUCATION	1990	2003	2003	2003
Adult literacy rate (<i>% ages 15 and above</i>)	32.7	49.0	54.2	64.1
Net primary enrolment ratio (%)	52	72	-	-
Net secondary enrolment ratio (%)	-	35	-	-
Children reaching grade 5 (<i>% of grade 1 students</i>)	-	76	-	-
GENDER	1998	2003	2003	2003
Gender-related development index value ¹⁷ (max.: 1)	0.389	0.448	-	-
Gender-related development index rank	133 th / 143	121 th / 140	-	-
		Men / 2003	Women / 2003	
Life expectancy at birth (<i>years</i>)		59.3	61.9	
Labour force participation rate (<i>% ages 15-64</i>)		83.5	32.2	
Adult literacy rate (<i>% ages 15 and above</i>)		69.5	28.5	
Primary completion rate (<i>% of relevant age group</i>)		82	48	

¹⁶ Adjusted figure based on reviews by UNICEF, WHO and UNFPA.

¹⁷ GDI: A composite index measuring average achievement in the three basic dimensions captured in the human development index — a long and healthy life, knowledge and a decent standard of living — adjusted to account for inequalities between men and women.

MACROECONOMIC INDICATORSⁱⁱⁱ

PRODUCTION AND PRICES	2001	2002	2003	2004¹⁸
GDP (<i>US\$ millions</i>)	9,533	9,985	11,211	12,904
Per capita GDP (<i>in US\$</i>)	528	537	585	653
Real GDP at market prices (<i>change in %</i>)	4.6	3.9	3.1	2.7
Real non-oil GDP (<i>change in %</i>)	5.2	4.6	4.0	4.1
Real oil GDP (<i>change in %</i>)	1.3	0.4	-1.8	-5.9
Core consumer price index (<i>annual average</i>) ¹⁹	10.7	6.8	11.9	12.0
Crude oil production (<i>1000 barrels/day</i>)	434	433	425	400
STRUCTURE OF THE ECONOMY	2001	2002	2003	2004
<i>(% of GDP)</i>				
Agriculture	21.2	20.5	20.2	20.0
Industry	29.5	29.2	28.4	27.3
<i>Oil</i>	16.3	15.8	14.9	13.6
<i>Manufacturing</i>	9.4	9.4	9.5	9.4
<i>Construction</i>	2.0	2.1	2.2	2.2
Services	51.5	51.8	52.6	53.8
<i>Government services</i>	20.2	20.4	20.4	20.5
<i>Transport, storage, communication</i>	11.9	12.2	12.5	13.2
Private consumption	65.1	64.1	63.6	
General government consumption	13.9	16.7	17.6	
<i>(Average annual growth)</i>				
Agriculture	5.9	-0.1	3.8	
Industry	1.9	3.5	0.4	
Services	4.8	6.3	4.7	
Private consumption	15.9	2.2	2.2	
General government consumption	10.9	10.9	8.4	
Gross domestic investment	2.8	1.7	5.7	
GOVERNMENT FINANCE	2001	2002	2003	2004
Total revenue and grants (<i>in billions of YR</i>)	568.4	588.8	672.9	836.9
Oil and gas revenue	406.2	391.2	480.2	602.8

¹⁸ Preliminary estimates.

¹⁹ Core CPI is defined as CPI excluding *qat*.

Non-oil revenue	157.2	169.6	184.3	228.4
Grants	5.0	28.0	8.4	5.7
Total expenditure (in billions of YR)	527.1	609.5	778.2	942.7
Current expenditure	406.0	485.0	581.2	707.7
<i>Of which: civilian wages and salaries</i>			143.2	171.6
<i>defence</i>			148.1	155.0
Development capital expenditure	121.1	124.5	197.0	210.0
Net lending	0	0	0	25.0
Overall balance (in billions of YR)	41.3	-20.7	-105.3	-105.8
<i>In % of GDP</i>	2.6	-1.2	-5.2	-4.4

TRADE	2001	2002	2003	2004
Exports, fob (in millions of US\$)	3,302	3,584	3,923	4,510
<i>Of which: Crude oil</i>	2,895	3,134	3,417	3,893
Imports, fob (in millions of US\$)	2,771	3,083	3,422	3,884
Trade balance (in millions of US\$)	531	501	501	626
Overall balance (goods and service)	761	752	583	685

DEBT, ODA AND PRIVATE CAPITAL	2001	2002	2003	LDC / 2003
Total debt				
Total (US\$ millions)	5,087	5,352	5,394	-
As % of GDP	3.1	1.7	1.6	2.1
Official development assistance received (ODA)				
Total (US\$ millions)	425.9	583.7	243.1	-
Per capita (US\$)	22.8	30.2	12.7	33.4
Net foreign direct investment inflows (FDI)				
Total (US\$ millions)	-205	39	-131	
As % of GDP	-2.2	1.1	-0.8	3.6

ⁱ **Sources:** 2005 Human Development Report, UNDP, September 2005. Except for [1] "GNI": World Bank, [2] "Poverty", "Rural poverty" and "Urban poverty": 2003-2004 PRS Progress Report, Ministry of Planning and International Cooperation, March 2005; [3] "Gender / Labor force participation rate": 2005 World Development Report, World Bank, 2005.

ⁱⁱ **Sources:** 2005 Human Development Report; 2003-2004 PRS Progress Report.

ⁱⁱⁱ **Sources:** *Republic of Yemen - Staff report for the 2004 IV Consultation*, World Bank, February 2005. Except for [1] "Structure of the economy": Central Statistics Office; [2] "Debt", "ODA" and "FDI": *2005 Human Development Report*.

8.2 Annex 2: Millennium Development Goals

Millennium Development Goals

	1990	1994	1997	2000	2003
Goal 1: Eradicate extreme poverty and hunger					
<u>Percentage share of income or consumption held by poorest 20%</u>	7.4
<u>Population below \$1 a day (%)</u>	15.7
<u>Population below minimum level of dietary energy consumption (%)</u>	36.0	..	36.0
<u>Poverty gap ratio at \$1 a day (incidence x depth of poverty)</u>	4.5
<u>Poverty headcount, national (% of population)</u>	41.8
<u>Prevalence of underweight in children (under five years of age)</u>	..	39.0	46.1
Goal 2: Achieve universal primary education					
<u>Net primary enrolment ratio (% of relevant age group)</u>	51.7	..	57.4	67.1	71.8
<u>Primary completion rate, total (% of relevant age group)</u>	57.8	57.9	65.5
<u>Proportion of pupils starting grade 1 who reach grade 5</u>	74.5	..
<u>Youth literacy rate (% ages 15-24)</u>	67.9
Goal 3: Promote gender equality and empower women					
<u>Proportion of seats held by women in national parliament (%)</u>	4.0	..	1.0	1.0	1.0
<u>Ratio of girls to boys in primary and secondary education (%)</u>	50.0	55.6	60.8
<u>Ratio of young literate females to males (% ages 15-24)</u>	60.3
<u>Share of women employed in the non-agricultural sector (%)</u>	9.3	8.0	7.4	6.7	6.1
Goal 4: Reduce child mortality					
<u>Immunisation, measles (% of children aged 12-23 months)</u>	69.0	31.0	46.0	71.0	66.0
<u>Infant mortality rate (per 1000 live births)</u>	98.0	89.0	..	84.0	82.0
<u>Under 5 mortality rate (per 1000)</u>	142.0	126.0	..	117.0	113.0
Goal 5: Improve maternal health					
<u>Births attended by skilled health staff (% of total)</u>	21.6
<u>Maternal mortality ratio (modelled estimate, per 100 000 live births)</u>	570.0	..
Goal 6: Combat HIV/AIDS, malaria, and other diseases					
<u>Contraceptive prevalence rate (% of women aged 15-49)</u>	9.7	..	20.8	..	23.0
<u>Incidence of tuberculosis (per 100 000 people)</u>	137.6	121.8	111.1	101.4	92.5
<u>Number of children orphaned by HIV/AIDS</u>
<u>Prevalence of HIV, total (% of population aged 15-49)</u>	0.1
<u>Tuberculosis cases detected under DOTS (%)</u>	30.0	54.3	43.3
Goal 7: Ensure environmental sustainability					
<u>Access to an improved water source (% of population)</u>	69.0	69.0
<u>Access to improved sanitation (% of population)</u>	21.0	30.0
<u>Access to secure tenure (% of population)</u>
<u>CO2 emissions (metric tons per capita)</u>	0.7	0.7	0.8	0.5	..
<u>Forest area (% of total land area)</u>	1.0	0.9	..
<u>GDP per unit of energy use (PPP \$2000 per kg oil-equivalent)</u>	2.8	3.4	3.6	3.7	3.7
<u>Nationally protected areas (% of total land area)</u>
Goal 8: Develop a global partnership for development					
<u>Aid per capita (current US\$)</u>	34.1	11.5	22.2	15.1	12.7
<u>Debt service (% of exports)</u>	7	4	4	5	4
<u>Fixed line and mobile phone subscribers (per 1000 people)</u>	11.0	12.4	14.1	20.6	48.9
<u>Internet users (per 1000 people)</u>	0.2	0.8	..
<u>Personal computers (per 1000 people)</u>	1.2	1.9	7.4
<u>Unemployment, youth female (% of female labour force aged 15-24)</u>

<u>Unemployment, youth male (% of male labour force aged 15-24)</u>
<u>Unemployment, youth total (% of total labour force aged 15-24)</u>

Source: World Development Indicators database, April 2005

Figures in italics refer to periods other than those specified.

Page: Country: Yemen, Rep. **Row:** Series **Column:** Time

8.3 Annex 3: Country Environmental Profile

1. State of the environment in YEMEN:

1.1. Main issues

Environmental degradation associated with economic development and population growth is one of the principal problems facing Yemen today. Yemen is a rich country in terms of biodiversity and environmental significance, given the wide variations in climate and topography due to its location. However, with a rapidly growing population, changing consumption patterns, urbanisation, transportation, and changed water and land use management systems, the task of managing the environment has become increasingly complex.

Yemen's economic advancement depends to a great extent on its natural resources: the depletion or degradation of these resources undermines the sustainability of its economy, imposing a burden on present and future generations. Ignoring environmental issues can have serious repercussions for productivity, health, livelihoods and the overall quality of life, with direct consequences for poverty, employment, and social order.

Water depletion and pollution, air pollution, waste, soil degradation, coastal erosion, habitat and biodiversity destruction represent the main environmental challenges in Yemen. Other challenges with impacts on the environment include rapid urban expansion, unbalanced consumption patterns, shortages in basic services, including inefficient waste collection and disposal, and the over-exploitation of water resources.

The huge demographic pressure (3% annual growth rate), with the prospect of a doubling of the population in 20 years, poses the risk of further deterioration of the environment. Most of the natural resources that could be used to build sustainable livelihoods have been over-exploited, depleted or polluted. This is also due to the widespread poverty affecting the population, especially in the rural areas. In addition to the pressures of human activity, Yemen's climatic conditions also call for careful natural resource planning.

1.2. The water emergency

The most alarming environmental emergency in Yemen is a water crisis of unprecedented proportions. Yemen is one of the most water-scarce regions in the world. This is largely attributable to a dry climate, affecting 90% of Yemen's area, high evaporation rates, over-consumption and the great expansion of groundwater pumping. The over-extraction of groundwater has been supported not only by the availability of pumping technology but also by policies that make investments in groundwater profitable. The annual decline of aquifer levels in most water basins averages 1-8 metres.

All over the country, current water quantities pumped are estimated at 138% (2.8 billion m³) of the annual renewal, estimated at around 2.1 billion m³. This means that Yemen consumes 700 million m³ over and above its renewable water resource, resulting in water depletion. The situation is particularly dramatic in the western part of the country, where the amount of groundwater used was estimated at 1.8 billion m³ in 1994, compared with an annual precipitation of 1.1 billion m³. This means that the rate of water extraction exceeds rain precipitation by 70%. It is projected that, at current levels of extraction, the water reservoirs in this region will dry up in a period of fifty years. Water shortages already exist in major cities such as Sana'a, Taiz and Sa'adah, as aquifers are falling between 4-8 metres every year. In the

high mountains, extraction is as much as five times the quantity of precipitation. Water scarcity will have a major effect on both agriculture and industry. In rural areas, water scarcity is exacerbated by ground water contamination.

Water pollution is an additional problem affecting the environment in Yemen. Despite the insufficient data available, it is evident that water quality is deteriorating, especially in urban areas, while in coastal areas aquifers are subject to saline intrusion. Water resources are contaminated by industrial and residential waste, seepage and wastewater.

1.3. Other environmental challenges

Soil conservation is also a major requirement for the sustainability of the rural economy. Yemen's soil resources are extremely limited. 90% of the country has an arid or hyper-arid climate with high rainfall evaporation rates. Total agricultural area is estimated at 1.6 million hectares, with only 1.2 million effectively cultivated (WB). Arable land constitutes only 2% of the total land surface area. 40% of the land comprises rangelands, forests and wooded areas. The deterioration of soil resources therefore poses a serious environmental threat, due to the high salinity of soil and desertification, which threatens approximately 97% of the land.

The expansion of urban areas in recent years has led to widespread soil erosion, sand encroachment, deforestation, and deterioration of agricultural and range land. In addition, deforestation and desertification are becoming real threats to sustainable human development. Statistics show that each family in Yemen consumes between 1 to 2 tonnes of wood per year. Moreover, considerable agricultural land is lost due to desertification and dune encroachment, particularly along the coastal areas.

Yemen's natural habitats in the coastal areas are seriously threatened by factors such as urban development, over-exploitation of coastal resources, and pollution from oil spills. Degradation of the coastal environment threatens the country's fishery wealth, which if appropriately conserved could constitute a valuable asset. Coastal fisheries are a rich source of income and employment for poor families, but as a "commons" they are at serious risk of being depleted in the same way as groundwater, and need extraordinary management measures to stabilise valuable stocks.

2. Environment policy and its implementation, international conventions

2.1. The evolution of environment policy

The protection of the environment in Yemen is relatively new, but the government of Yemen has managed to promulgate several environmental decrees, plans and strategies, most recently in the period 2003-2005. Attention to environmental issues has increased since the 1980s, with such vital issues being brought to the attention of officials and the public at large. The government is aware that the conservation of the environment is not an issue of the day but rather one of a lasting, long-term nature, affecting the resources of future generations.

In recent decades, however, with a rapidly growing population, changing consumption patterns, urbanisation, transportation, and changed water and land use management systems, the task of managing the environment has become increasingly complex. In parallel with the environmental destruction, environmental concerns have risen and the government of Yemen has taken an increasingly active management role, in particular since the unification of 1990. Official attention to the environment is reflected in the establishment of the Environmental Protection Council (EPC). The EPC is a supervisory and coordinating body entrusted with

designing environmental policies, legislation and standards, following up changes in environmental conditions, proposing remedies for environmental problems and training and strengthening public awareness. The Environmental Protection Law of 1995 confirmed this mandate, giving the EPC additional responsibility for environmental surveying and for monitoring and follow-up of the implementation of environmental legislation.

In 1995, the EPC, in cooperation with UNDP and later the World Bank, developed a National Environment Action Plan (NEAP) to determine priority issues and priority actions in the main environment fields. The plan was developed with the participation of relevant agencies and on the basis of a common consensus on the priorities regarding environmental problems and policy instruments for tackling them. The environmental action priorities may be summarised as strengthening water management, curbing soil degradation and regulating waste management. The plan also includes some policies, a sub-plan for combating desertification in coordination with the Ministry of Agriculture, and other national action plans on public health, population and water.

Since 2001, the government of Yemen has taken two important steps: (1) the creation in 2001 of a Ministry of Tourism and Environment (MOTE) and an Environmental Protection Authority (EPA) with the mandate of developing and implementing environmental policies and legislation. (2) the amendment in 2001 of Article 35 of the Constitution: *“The protection of the environment is the responsibility of the state and society, and it is a national and religious obligation for every citizen.”*

2.2. Environmental priorities of the Yemeni government

Although the preparatory work in this field seems promising, major obstacles are still present mainly because of the lack of experience in this field, the lack of coordination among relevant institutions and the contradictory and overlapping roles of these institutions. Poverty remains an important factor shaping the work on conserving the environment.

At national level, water depletion and pollution is the prime concern. While the Ministry of Tourism and Environment and the Environmental Protection Authority are not the only agencies responsible for managing the issue, the Ministry has a clear mandate and line responsibility for habitat and biodiversity conservation. Any successful implementation of habitat and biodiversity conservation will have a positive impact on the other targets. The priorities identified by the Ministry are:

- (1) Habitat and biodiversity conservation;
- (2) Sustainable land management;
- (3) Sustainable water management;
- (4) Sustainable waste management;
- (5) Sustainable energy management.

Biodiversity conservation is an important element, since Yemen has an especially rich biodiversity: a strategic step has been taken by finalising the National Biodiversity Strategy and Action Plan. This includes the establishment of Terrestrial Protected Areas and some special marine biodiversity measures:

- Identification of protected sanctuaries on the Red Sea and at Al-Mahara (Houf) and Hadramout (Gitmon)

- Integrated Management Plan for the Aden Coast
- National Action Plan on Marine Environment Protection
- General Authority for Marine Affairs

Socotra Island, the most important bio-diversified region in Yemen, has several unique endemic species only found in Yemen. Efforts have been launched to conserve this unique place and several surveys have been conducted, resulting in a Socotra Development Master Plan.

2.2. International conventions

The Government's concern for environmental conservation is reflected in its ratification of a number of relevant international conventions — including those concerning biodiversity protection (1995), combating desertification (1996), and the protection of flora and fauna on the verge of extinction (1997). Additionally, the State has made a strong commitment to protecting the rich biodiversity of the Socotra archipelago, which is reputed to be the “Galapagos of the Indian Ocean.”

Being a member of the international community and party to several international accords, the Republic of Yemen observes its commitments under such agreements, including the strengthening of relevant international and regional cooperation of all forms. The broad framework regulating the work in this field is provided by the spirit, principles and goals of the World Charter on Nature (endorsed by the United Nations General Assembly in 1983), as the ethical base for the conservation of the human environment and the maintenance of natural resources. Among the conventions that Yemen is part of are the following:

- The Framework Pact on Climatic Change;
- The International Convention on Biodiversity;
- The Montreal Protocol on Substances That Deplete the Ozone Layer;
- The London-Copenhagen Amendment;
- The Vienna Convention for the Protection of the Ozone Layer;
- The Basel Convention on the monitoring and disposal of hazardous wastes;
- The International Convention on Combating Desertification;
- The International Convention for the Conservation of Endangered Wild Animals and Plants.
- The Kyoto Protocol
- The Stockholm convention on persistent organic pollutants

3. Environment and Development

3.1. The environment and the Poverty Reduction Strategy

Both the Poverty Reduction Strategy Paper (PRSP) and the Vision 2025 programme support the need for environmental action, as environmental destruction affects the poor and hampers the further development of Yemen. In Vision 2025, the government of Yemen clearly states that the increase in population has a negative impact on the natural resources and environment

of the country. Water resources in particular are threatened by over-exploitation and pollution. Land degradation and desertification is increasing due to deforestation, unsustainable livestock management and irrigation practices. Coastal and marine environments are affected by over-fishing as well as by land-based activities such as the dumping of industrial waste on the shores. Urban expansion and the absence of a nationwide waste management programme, e.g. for hazardous waste, cause major pollution. Gaseous emissions from industrial activities, oil refineries, power stations and vehicles cause air pollution, which also affects the environment and health of people in Yemen.

The Poverty Reduction Strategy Paper (PRSP) takes account of the role of the environment in the living standards of people in Yemen. The poor are primarily reliant on the environment for their livelihoods. They are directly affected by the methods used to exploit environmental resources. While poverty does not necessarily lead to environmental deterioration, the effects of poverty on the environment are clearly evident today in Yemen.

For example, water scarcity and water pollution particularly affect children, women and the elderly, besides leading to the loss of agricultural land and livestock when severe droughts occur. Since women are the providers of water for domestic use, they have to cross long distances for this purpose. Water pollution affects the health of their families, thus decreasing their productivity and exposing them to severe poverty.

3.2. Other measures linked to environmental conservation:

In terms of outreach, Yemen has managed to introduce environmental awareness clubs in more than 40 schools now, which is considered a good step towards including environmental protection in school curricula in the near future.

Also linked with the environment is the gender issue: giving women the opportunity to become involved in sustainable development and environment resources management, especially in rural areas, where people are highly dependent on natural resources for their livelihoods. As for the involvement of NGOs, several environmental NGOs have been established: they work mainly to raise awareness, but have started to take on more specific roles, with, for example, the NGO WILDLIFE Yemen working closely with BirdLife International and the environment ministry to ensure bird conservation.

Another initiative for NGOs in conjunction with international agencies was the start of the GEF (Global Environment Facility) small grants scheme. This mainly involves NGOs in rural areas, where the need to conserve the environment is high, with the stress on the socio-economic element and the development of local communities. So far, 35 NGOs have received funds under this initiative. The EIA (environmental impact assessment) is a new element in Yemen, managed through the General Environment Authority. The Yemeni government is working to enforce this important element: it is finalising a legislative framework for this purpose and is working on introducing a fee-based evaluation of these assessments to ensure some financial sustainability for the relevant governmental institutions. Other issues include work on ozone damage control and the finalisation of the State of the Environment report.

3.3. Conclusions and recommendations

The environment is an important sector to support, with a view to helping the Yemeni Government overcome the main obstacles, implement current strategies and plans and ensure the integration of the environment within national policies. Linking environment protection to the poverty reduction efforts in Yemen is crucial: the combination of sustainable development

and socio-economic development would help national efforts to achieve the objectives in these areas, in compliance with MDGs.

A great need for capacity building at institutional, staff and procedural level in order to manage this sector is clearly evident. As for biodiversity in particular, unplanned development in Yemen needs to stop, and land use planning needs to be introduced, to ensure the socio-economic development of local communities on one hand and the sustainable use of natural resources on the other.

Socotra remains a unique island in terms of biodiversity, one of the ten most important in the world, with great potential for development based on this biodiversity, touching upon poverty reduction themes, infrastructure development, civil aviation development and fisheries development. It can become a world eco-tourism destination provided it gets the needed support (financial and technical).

The introduction of environmental protection in school and university curricula is very important in order to help reshape the Yemeni population's perception of the environment and its relevance to their livelihoods. Special awareness campaigns need to be launched among different sectors of the Yemeni community. The involvement of women in this field is important, covering environmental awareness, the conservation of natural resources and socio-economic development, especially in rural areas. Potential support can be provided for the following:

1. Sustainable environmental management
2. Updating and enforcement of environmental protection law
3. Monitoring the environmental impact of agriculture
4. Comprehensive development plan for Socotra

8.4 Annex 4: Table of ongoing projects of the European Commission

Fisheries Monitoring and Surveillance	€ 3.000.000	2001-2006
Health Sector and Demography Support	€ 8.000.000	2004-2010
Social Fund for Development	€ 15.000.000	1998-2004
Strengthening and expansion of the DOT activities (Global Fund)	€ 1.992.717	2005-?
Strengthening Priority Areas of Vocational Training in Yemen	€ 7.000.000	2001-2006
Support for Aden NWSA Restructuring	€ 6.000.000	2001-2006
Support for Administrative Reform in Yemen	€ 6.000.000	2000-2007
Support for the Aden Free Zone Public Authority	€ 880.000	2000-2005
Support of Yemen's Accession to the World Trade Organization (WTO)	€ 7.000.000	2003-2009
Support to Health Sector Reform in Yemen	€ 6.700.000	1999-2005
Support to the Sustainable development of the Fisheries Sector	€ 5.500.000	2005-2009
Support to the Social Fund for Development Phase III	€ 8.000.000	2004-2008
Yemen Civil Aviation Support	€ 2.500.000	2001-2007
Food Security Programme in favor of Yemen 2004	€ 5.000.000	2004-2007
Food Security Programme Support 1997	€ 11.000.000	2000-2006
Food Security Programme Support 1998	€ 12.000.000	1999-2006
Food Security Programme Support 2000	€ 11.000.000	2001-2006
Food Security Programme Support 2001	€ 12.000.000	2001-2006
Agricultural Statistics (component of Food Security Programmes)		2000-2005
Support to Social Welfare Fund (component of Food Security Programmes)		2002-2006
Hajja governorate food security and women empowerment project	€ 914.763	2004-2006
Improvement of food security through women economic empowerment and capacity building in the governorates of Taiz and Lahej	€ 953.838	2004-2006
Market Information Systems Phase II	€ 864.920	2004-2006
Capacity Building and Networking - Strengthening civil society in Yemen	€ 496.087	2003-2006
Community Based Primary Health project in Hadramaut	€ 697.500	2004-2009

Improve health of low-income women of reproductive age and their families in Aden, Sana'a, Taiz and Seiyun	€ 999.670	2002-2007
Last Chance to Freedom - re-integration into civil society of women, children and minors in conflict with the law	€ 749.000	2003-2006
Programme d'assistance et d'integration des populations defavorisees en ville de Taiz	€ 614.550	2003-2005
Support for the creation of a rehabilitation center in Aden	€ 1.000.000	2002-2005
Western Highlands Community Development Project	€ 740.000	2004-2006
Consolidation de l'etat de droit et des institutions democratiques au Yemen	€ 395.845	2002-2005
Sharaka - supporting Government and NGO partnerships for the promotion and protection of human rights	€ 2.000.000	2005-2009
Alimentation en eau potable et amelioration des conditions sanitaires (ECHO)	€ 388.000	2004-2005
Assistance for water supply, sanitation and flood mitigation (ECHO)	€ 460.050	2004-2005
Basic service provision for marginalized communities in Sana'a (ECHO)	€ 223.321	2005-2006
Construction of shelters in Kharaz refugee camp (ECHO)	€ 450.000	2004-2005
Emergency assistance for water supply in al-Gorafy and al-Zukeria Area (ECHO)	€ 387.250	2004-2005
Extension of water services to 4 rural population settlements in 3 districts within Amran and Ibb governorates (ECHO)	€ 771.400	2005-2006
Increased water safety for vulnerable communities in the Yemeni western highlands (ECHO)	€ 312.908	2004-2005
Protection des enfants des rues contre les abus au Yemen (ECHO)	€ 262.317	2005-2006
Rehabilitation and restoring of health units and maternal and child health care services (ECHO)	€ 326.000	2004-2005
Strengthening of PHC services, focused on the promotion of safe motherhood (ECHO)	€ 518.000	2004-2005
Survey of the water and sanitation situation within vulnerable communities (ECHO)	€ 50.000	2005-2006

8.5 Annex 5: Table of EU Member States' projects

EU Member State	Project name	Total Budget	Timeframe
Denmark	Decentralisation and local participation	€ 1.350.000	2005-2007
	Democratisation and participation	€ 800.000	2005-2007
	Human Rights protection	€ 1.350.000	2005-2007
	Media and freedom of expression	€ 800.000	2005-2007
	Women's Rights	€ 800.000	2005-2007
	Yemen Red Crescent Society and Danish Red Cross	€ 500.000	2005-2007
Netherlands	Financial support to MAI	€ 3.000.000	01-JAN-2003 -31-DEC-2007
	Impr. Market Al Husainiah	€ 422.139	01-JAN-1998- 31-DEC-2005
	Removal of Pesticides	€ 429.581	01-DEC-1998 -31-DEC-2005
	Res. Study for Land Use	€ 5.530.555	01-JAN-1994- 31-DEC-2005
	Rural Women DGD II/Finan.	€ 988.841	01-MAY-2000 -31-DEC-2005
	Rural Women DGD II/Tech.	€ 880.158	16-NOV-2000 -31-DEC-2005
	RWDGD/Investment Programme	€ 719.016	01-JUL-2002 -31-DEC-2005
	Shabwah Projects/Tash	€ 5.622.427	01-OCT-1997 -31-DEC-2005
	Sup. Coop/Agric Cred. Bank	€ 2.500.000	01-OCT-2002 -30-SEP-2005
	Watershed/Waste Water	€ 5.107.655	01-NOV-1997 -31-DEC-2005
	Basic Education Improv.	€ 10.291.735	01-DEC-2001 -31-DEC-2006
	Impl. Partnership Decl.	€ 350.000	01-MAR-2004 -30-APR-2006
	Key Women Pr. Aden/Sana'a	€ 216.694	01-SEP-2002- 31-DEC-2006
	Overcrowded Urban Schools	€ 8.492.555	01-DEC-2000- 31-DEC-2005
	PhD in Women's Studies	€ 110.360	01-AUG-2002- 01-MAR-2005

PWP1 Selected Districts	€ 12.840.000	01-OCT-2001- 30-JUN-2005
PWP2 supp. poor districts	€ 11.435.261	15-NOV-2001 -30-JUN-2005
BEDP	€ 22.000.000	01-OCT-2004 -31-DEC-2011
SFD education	€ 5.500.000	01-NOV-2004 -30-JUN-2007
NWSA Spare Parts Project	€ 3.973.800	01-APR-1999- 31-DEC-2005
RWS&S/WB Technical Ass.	€ 1.563.966	01-SEP-2002 -31-DEC-2005
CFAA support	€ 30.334	06-DEC-2003 -31-DEC-2005
Harmonisation Workshop	€ 12.600	15-NOV-2004- 31-JAN-2005
Forum of Arab Women	€ 64.826	01-NOV-2004 -30-JUN-2005
Amiriya Mosque, phase III	€ 525.000	01-OCT-2001- 31-DEC-2005
COCA staff training	€ 258.041	01-JAN-2001- 31-DEC-2005
Cultural Heritage Program	€ 1.995.543	01-NOV-2000 -01-NOV-2005
Democracy&Good Governance	€ 1.021.319	01-AUG-2002- 31-DEC-2005
Drivers of Change Study	€ 100.000	01-JUL-2004 -01-MAR-2005
Fase 2 Support to SCER	€ 1.570.500	01-JUL-2004- 31-DEC-2006
Local Gov. Fund 2004	€ 100.000	01-JUN-2004- 31-DEC-2005
Local Women Fund 2004	€ 100.000	01-JUN-2004- 31-DEC-2005
National Museum Project	€ 2.268.901	01-DEC-1997- 31-DEC-2005
Prep. Phase for HR-support	€ 70.000	03-JUL-2002 -31-DEC-2005
Procurement Procedures	€ 171.200	01-SEP-2003 -30-JUN-2005
SFD/Poverty Alleviation II	€ 24.957.912	16-NOV-2001- 31-DEC-2005

	Shabwah Support/financial	€ 6.900.000	01-JAN-2002 -31-DEC-2007
	Shabwah/technical Ass.	€ 6.080.000	01-AUG-2002- 30-JUN-2007
	Socotra Biodiversity Proj.	€ 1.193.945	01-MAY-2001 -31-DEC-2005
	Support EPA - Int. Period	€ 306.559	01-NOV-2001- 31-DEC-2005
	Support to HRITC	€ 181.512	01-SEP-2000- 31-DEC-2005
	Support to MHR	€ 1.044.000	31-MAY-2003- 31-MAY-2006
	Support to the YWU	€ 1.370.744	01-AUG-2002- 31-JUL-2007
	WEEA Plan of Act. 2001-04	€ 418.660	01-NOV-2001- 31-MAR-2005
	Strengthening Parliament	€ 99.000	01-OCT-2004- 30-SEP-2006
	Training program MOCSAI	€ 347.000	01-NOV-2004- 01-MAY-2005
	Aden Primary Health Care	€ 1.953.467	01-OCT-1997 -31-DEC-2005
	Commun. Midwives Training	€ 5.174.709	01-NOV-1997 -31-DEC-2005
	Contraceptive Commodity		01-OCT-2002 -31-DEC-2006
France	Small agriculture projects (Food Aid counterpart funds)		
	Support to livestock areas of Yemen (PADZEY)		
	Support to Vocational Training		
	Veterinary and water management		
	Girls Education		
	Rural Water (drinkable and agricultural)		
	Cultural Heritage	€ 2.000.000	2006-2010
	Democratic Governance and internal Security		
	Strengthening Media		
	Support to Yemeni Civil Society		
	Support to Yemeni Civil Society		

	Youth and Sport Capacity Building for Koweit Hospital Emergency Service Mother and Child Health Care		
Germany	Basic Education development Project BED	\$12.140.000	2004-2007
	Basic Education Improvement	€ 10.292.000	2002-2006
	Basic education improvement programme (BEIP)	€ 11.500.000	2002-2011
	Construction and rehabilitation of Primary Schools (BEIP component 3 as continuation of previous project)	€ 17.400.000	1998-2006
	Construction and rehabilitation of Primary Schools (BEIP component 3 as continuation of previous project)	€ 17.400.000	1998-2006
	Developing an ICT Policy and Institution Master Plans for the Yemeni Higher Education System	€ 700.000	2004-2005
	MBA\MPA Programme	€ 1.900.000	2004-2008
	Reform and development of Problem-Based learning Approach at Medical College	€ 400.000	2004-2007
	Strengthening Basic Science Education in Yemen	€ 3.400.000	2004-2008
	Strengthening the Higher Education Project management unit)	€ 400.000	2004-2007
	Strengthening Women's Research and Training Centre	€ 1.800.000	2004-2008
	Water and Environment centre	€ 2.000.000	2004-2008
	Aden Sewerage Project	€ 40.000.000	1998-2006
	Advisory Services to the "Water Supply and Sanitation Sector"	€ 10.150.000	1994-2007
	Decentralization of Solid Waste Management	€ 6.600.000	1995-2006
	Extension of Ibb Sewage Treatment Plant	€ 4.850.000	2001-2006
	Integrated Water Resources Management Program (IWRM)	€ 1.500.000	2004-2014
	Introduction fo a GIS-based Operations Management System in Urban Water Supply and Sanitation Utilities	€ 1.250.000	2003-2008
	IWRM - Advisory Services on Development and Use of Geo-Environmental Information	€ 1.700.000	2004-2007
	Personnel Development in the "Water Supply and Sanitation Sector"	€ 3.280.000	2000-2009
	Provincial Towns Water Supply and Sanitation (PTP)	€ 60.770.000	1995-2004

	Provincial Towns Water Supply and Sanitation II (PTP II)	€ 35.200.000	2004-2010
	Sa'ada Water Supply and Sanitation	€ 16.100.000	2004-2007
	Sanitation Bajil and Bait al-Faqih	€ 15.850.000	1998-2006
	Study and Expert Funds	€ 4.000.000	1993-open
	Support to the Technical Secretariat for Water Supply and Sanitation Sector Reform	€ 3.600.000	1996-2005
	Training in Geological and Thematic Mapping	€ 1.500.000	2000-2004
	Waterloss Reduction	€ 400.000	
	Zabid Sewerage Project	€ 6.600.000	2001-2005
	Equal Chances - Women in development	€ 2.270.000	1998-2006
	Institutional Capacity Development of the Ministry of Planning & International Cooperation (MoPIC)	€ 4.140.000	1999-2007
	Strengthening of the Central Organization for Control and Auditing (COCA)	€ 2.550.000	2000-2009
	Component 1: Support to health sector Reform and Management at District Level		
	Component 2: Support to reproductive health services and relevant basic health services		
	Component 3: Social marketing of contraceptives and behavioural change related to reproductive health and HIV/AIDS prevention		
	Family Health / Family Planning	€ 11.400.000	1994-2004
	Health Sector Advisory Services (HESAS)	€ 7.300.000	1993-2004
	Yemen Family Health and Family Planning Program 1	€ 3.990.000	2000-?
Italy	Data Management System for the Yemeni National Museum of Sanaa	\$250.000	
	DLDSP Decentralisation and local development support programme	€ 300.000	
	Food Aid	€ 1.000.000	
	Implementation of the Vessel Traffic Service Project (incl. soft loan of EUR 20 million)	€ 164.000	
	Inventory and restoration of the manuscripts collection of Dar Al Mathtutat	\$212.000	
	Poverty and Natural Resources on the island of Socotra	€ 2.500.000	
	Restauration of Rada'a Mosque		

	Reproductive Health and Women Empowerment	€ 847.000	
	Strengthening of the operational capabilities of Taiz Hospital	€ 766.000	
	Support to Primary Health Care and District Health Care	€ 1.396.700	
United Kingdom	Basic Education Development Project (BEDP)	£15.000.000	
	Water		
	Customs Modernisation Programme (ASYCUDA)	£570.000	2003-2005
	Civil society		
	Decentralisation		
	GCPP Projects		
	GoF EIW / GCPP & DFID planned		
	GoF EIW in the pipeline/regional		
	Good Governance	£55.266	
	Harmonisation and alignment		
	PFM		
	SSR / SSAJ / RoL		
	Statistics		
	Women's rights	£53.377	
	Women's rights	£58.157	
	Maternal Health		
	Programme for Improving Access to Family Planning and HIV/AIDS Prevention	£337.000	2004-2005
	Social Fund for Development Phase 3	£12.000.000	
	Poverty Reduction Strategy and Gender Monitoring	£450.000	2003-2006
	Support to 2004 Census	£300.000	2004-2005
	Support to development of 5yr PRSP – UN Millennium project	£250.000	2004-2005
	Support to PRS communications strategy	£250.000	2004-2005
	Support to the PRS Monitoring Unit	£600.000	2004-2005
Czech Republic	Lamb production optimisation	€ 360 000	2005-2010
	Assistance in wastewater disposal and recycling in the Hadibo hospital	€ 450 000	2005-2007
	Supply and treatment of drinking water in the Socotra Archipelago region	€ 430 000	2005-2007

	Modernisation of Al Hiswa Power Station	€1 760 000	2006-2010
--	---	------------	-----------

8.6 Annex 6: Projects of other donors

Donor	PROJECT NAME	MJSECTOR 1	MAIN LOAN CREDIT #
World Bank	RY-RURAL ELECTRIFICATION & REN. EGY DEV	Energy and mining	
World Bank	Second Rural Access Project	Transportation	41210
World Bank	RY-THIRD PUBLIC WORKS	Education	38590
World Bank	RY-SOCIAL FUND FOR DEVELOPMENT III	Education	38610
World Bank	Yemen: Basic Education Development Program	Education	39880
World Bank	Higher Education Project	Education	36740
World Bank	Groundwater and Soil Conservation Project	Agriculture, fishing, and forestry	38600
World Bank	Rural Access Project	Transportation	35140
World Bank	Taiz Municipal Development and Flood Protection Project	Water, sanitation and flood protection	35750
World Bank	Port Cities Development Program	Public Administration, Law, and Justice	37290
World Bank	Sana'a Basin Water Management Project	Agriculture, fishing, and forestry	37740
World Bank	IRRIGATION IMPROVEMENT PROJECT	Agriculture, fishing, and forestry	34120
World Bank	Urban Water Supply and Sanitation Project	Water, sanitation and flood protection	37000
World Bank	Civil Service Modernization Project	Public Administration, Law, and Justice	33350
World Bank	Child Development Project	Health and other social services	33260
World Bank	Basic Education Expansion Project	Education	34220
World Bank	Health Reform Support Project (HRSP)	Health and other social services	36250

World Bank	Yemen RURAL WATER SUPPLY AND SANITATION PROJECT	Water, sanitation and flood protection	34500
World Bank	SOUTHERN GOVERNORATES AGRICULTURAL PRIVATIZATION	Public Administration, Law, and Justice	29980
UNDP	Microstart Project-Phase II		263.700
UNDP	Strengthening the electoral process		4.700.000
UNDP	Modernization of the Justice Sector In Yemen		2.200.000
UNDP	Promoting Human Rights and Justice		2.200.000
UNDP	Decentralization and Local Development Support Programme (DLDSP)		5.053.332
UNDP	National Programme on Integrated Water Resource Management		3.150.000
UNDP	Water Resources Management and Community Water Supply and Sanitation in Masila-Hadhramout		2.000.000
UNDP	Sustainable Natural Resources Management Programme		1.900.000
UNDP	Sustainable Development and Biodiversity Conservation for the People of Socotra Island		5.383.000
UNDP	National Recovery and Recycling Programme for refrigerants in the commercial and MAC Sectors in Yemen		1.472.730
UNDP	National Adaptation Programme of Action (NAPA)		220.000
UNDP	Strengthening National Capacity for Mine Action in Yemen — Phase II		3.339.825
UNDP	Disaster Preparedness, Management & Recovery		1.519.372

UNDP	Capacity Building of National AIDS Programme and Mainstreaming HIV/AIDS Issues into Poverty and Human Rights Projects		744.000
UNDP	Support for the implementation of the National Cultural Strategy and Cultural Development Projects in Yemen – Phase I		350.000

8.7 Annex 7: Consultation on SP/MIP

The preparation of the SP Yemen 2007-2013 has been characterised by a wide consultation with other stakeholders (EC services, Government of Yemen, EU Member States, other donors, NGOs). The result of this exercise can be summarised as follows:

EC services

Other interested Commission services were identified from the very start of the drafting process; considering the limited volume of our co-operation with Yemen and the limited political implications of our bilateral relations with this country, only few services have been consulted directly, namely RELEX/B, AIDCO, ECHO, TRADE, ENV, ENTR, AGRI and JAI, as of summer 2005. A second consultation round was made in October 2005, after a programming mission in Yemen, and a third round was launched in late November 2005, specifically on the MIP. Substantial comments have been formulated by TRADE, ENV and AIDCO. The formal interservices consultation on the SP took place in March 2006, with a subsequent second consultation on the revised MIP 2007-2010 in October 2006.

Government of Yemen

The SP and MIP have been shared with the GoY at very early stages, followed by a meeting in occasion of a programming mission (October 2005). GoY (Ministry of Planning and International Co-operation) agreed substantially with the objectives and the priorities identified in the document; minor comments have been incorporated in the text. Further exchanges took place at the February 2006 Joint Cooperation Council in Sana'a and during a further mission to Sana'a in June 2006. .

EU Member States

A wide consultation with EU MS representatives took place in Sana'a. A preliminary meeting was held in July 2005. A first draft was delivered in September 2005, and a second round of consultation took place in October. Reaction from Member States was in general positive, the SP objectives could be agreed upon. The analysis is also fully shared by the Member States, although some elements needed to be further clarified. MS provided written comments in October 2005. Contributions were incorporated in a new version which has been re-submitted on mid-November 2005, followed by the MIP. Further consultations on the revised MIP 2007-2010 took place in June 2006.

Other donors (US-AID, Japan, UNDP, UNICEF, World Bank)

Other donors were consulted in the same way (separate meeting in October 2005). All donors shared the SP analysis and illustrated their priorities of intervention in Yemen. They also provided their specific written comments on the SP, comments which have been taken into consideration in the redrafting of the document.

NGOs

In November 2005, the Commission Delegation in Sana'a held a meeting with some major NGOs, to illustrate the SP and to collect their comments; the document had been previously distributed to them by e-mail. No major objections were formulated by NGOs on the strategy document.